Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Merseburg.

Die „Volksstimme" erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage). Verantwortlicher Redakteur für den Teil Lokales und Provinzielles Reinh. Drescher, für die Inserate Rudolf Kochanski, Halle, für den übrigen Inhalt Otto Pollender, Leipzig. — Verl. der Volksstimme G.m.b.H., Halle, Große Ulrichstraße 27. — Druck Freie Presse G. m. b. H., Leipzig, Königstr. 5.

Bezugspreis: Monatlich 1 Mark, beim Abholen von der Expedition 90 Pfennig. Bei den Post anstalten vierteljährl. 2.70 M. ohne Bestellgeld. Einzelne Nummern 10 Pf. — Insertionsgebühr: Die 7gesp. Kolonelzeile 20 Pfennig, Inserate v. auswärts 25 Pfennig, im Reklameteil Zeile 75 Pfennig. Verlag u. Expedition: Halle, Große Ulrichstraße 27. Fernspr. 5407 — Zeitungspreisliste Seite 411.

Nr. 294. Halle, Donnerstag den 19. Dezember 1918. 2. Jahrgang.

Die ersten Verhandlungstage der Reichskonferenz.

Als die Reichskonferenz für den 16. Dezember zusammenberufen wurde, nahm man an, daß es sich um eine kurze Tagung handeln werde, die lediglich, oder in der Hauptsache zur Frage der Nationalversammlung Stellung zu nehmen haben werde. Die veröffentlichte Tagesordnung aber ließ sofort erkennen, daß dies ein Irrtum war. Es war eine Tagesordnung, die auf einem sozialdemokratischen Parteitage eine ganze Woche zur Erledigung beansprucht hätte. Und so waren denn auch schon vor dem Zusammentritte der Reichskonferenz sechs Tage für die Verhandlungen in Aussicht genommen. Am ersten Verhandlungstage wurde gegen diese Ausdehnung der Verhandlungen protestiert und rasche Arbeit gefordert, damit die Delegierten wieder nach Hause zu ihren Geschäften zurückkehren könnten. Wenn aber der Gang der Verhandlungen so weitergeht, wie an den ersten drei Tagen, dann werden auch die sechs zur Erledigung der Tagesordnung in Aussicht genommenen Verhandlungstage nicht ausreichen. Jedenfalls wäre dies nur möglich, wenn wichtige Verhandlungsgegenstände, wie das auf Parteitagen der Fall zu sein pflegt, wegen Zeitmangels schließlich ohne Debatte angehört und verabschiedet werden. Daran ist jedoch kaum zu denken, da die unabhängige Minderheit sich nicht darauf einlassen wird, etwa die Sozialisierung des Wirtschaftslebens oder die Frage der Friedensregelung und deren Einfluß auf den Ausbau der deutschen sozialistischen Republik ohne Aussprache hinzunehmen. Bei der Wichtigkeit und der Aktuellität dieser Fragen wäre dies auch gar nicht durchführbar. So ist denn damit zu rechnen, daß die Reichsversammlung noch über den in Aussicht genommenen Zeitraum hinaus zusammenbleiben wird.

Erfreuliche Aussichten eröffnet das gerade nicht, wenn man die ersten drei Verhandlungstage überschaut. Verheißungsvoll, sagte der Vorwärts in einem Stimmungsbild über die Montagsvormittagssitzung hätten die Verhandlungen begonnen, sie versprachen einen günstigen Verlauf. Was wir bisher erlebt, hat gerade das Gegenteil als richtig erwiesen. Der spartakistische Anhang der Unabhängigen unter Führung von Leichen-Müller und Ledebour leisten das Möglichste, um die Politik der Reichsregierung und besonders der Mehrheitssozialisten anzufeinden und zu verdächtigen. Dazu kommt noch das Auftreten der Spartakusleute mit ihrem militärischen Anhang, die in die Versammlung eindringen, die Verhandlungen unterbrechen und die wüstesten Szenen hervorrufen. Und dennoch waren diese Szenen immer noch die reine Limonade gegenüber den Stürmen, die Ledebour und der Volksbeauftragte Barth am Schlusse des zweiten Verhandlungstages durch ihre giftigen Angriffe und Verdächtigungen auf unsere Volksbeauftragten entfesselten. Durch diese Angriffe ist jedenfalls der zweite Punkt der Tagesordnung: Nationalversammlung oder Rätegegierung? im vorhinein beantwortet: Müller hat, wie gesagt worden ist, das Rätesystem rücksichtslos diskreditiert. Aus dieser Rätemißwirtschaft müssen wir so schnell wie möglich herauskommen durch die Nationalversammlung. Deshalb ist es notwendig, daß die Wahlen zur Nationalversammlung auf einen früheren Termin im Januar angesetzt werden. Irgendwelche Schwierigkeiten stehen früheren Wahlen, wie die Wahlen in Anhalt und Mecklenburg bewiesen haben, nicht entgegen. Wenn dennoch von den Unabhängigen Bedenken geltend gemacht werden, dann sind die Gründe sehr durchsichtig.

Wenn die Müller und Ledebour ihrem sportlichistischen Herzen gegen die sozialdemokratischen Volksbeauftragten Luft machten und sie nicht verhüllt, sondern offen als Gegenrevolutionäre hinstellten, so mag das bei diesen Mitgliedern des Vollzugsrats schließlich noch hingehen. Wenn aber der Volksbeauftragte Barth in dieselbe Kerbe haute und die sozialdemokratischen Volksbeauftragten als Mitwisser oder Mitschuldige von gegenrevolutionären Plänen einer Militärkamarilla denunzierte, so war das der Gipfel der Schamlosigkeit, weil alle die Beschlüsse, die Barth bekämpfte und hinter denen er gegenrevolutionäre Pläne der Genossen Ebert, Scheidemann und Landsberg witterte, von Barth mit beschlossen worden waren.

Alle die gehässigen und maßlosen Anschuldigungen gegen unsere Genossen sind als haltlose Verdächtigungen zurückgewiesen worden. Die Skandalmacher haben keinen festen Boden unter sich, sie sehen vielmehr, daß ihnen der Boden immer mehr unter den Füßen schwindet. Deshalb suchen sie, wie der Spektakelbund außerhalb des Abgeordnetenhauses, in dem die Tagung stattfindet, im Hause selbst durch Lärmszenen für ihre verlorene Sache Eindruck zu machen, womit sie natürlich nur das Gegenteil erreichen. Aber fest steht jedenfalls, daß der Rat der Volksbeauftragten auch nicht einmal bis zur Nationalversammlung mit einem Vollzugsrate der Arbeiter- und Soldatenräte zusammenarbeiten kann, dessen Hauptpersonen jeder Sinn für die Bedeutung und die Wichtigkeit der Reichstagung der Arbeiterräte und für das Schicksal Deutschlands abhanden gekommen ist.

Der Schluß der Sitzung am Dienstag nachmittag ging in einem lang andauernden stürmischen Tumulte unter. Den Anlaß dazu gaben die Vorwürfe Barths, daß sich die sozialdemokratischen Volksbeauftragten auf Vorschlag der Obersten Heeresleitung für einen bewaffneten Grenzschutz eingesetzt hätten. Dahinter wurden gegenrevolutionäre Bestrebungen erblickt. Nun wäre es vielleicht zu einem normalen Schlusse der Sitzung gekommen, wenn nicht abermals Soldaten als Vertreter von Heeresabteilungen in den Saal eingedrungen wären, um spartakistische Forderungen anzubringen, über die sie sofortige Abstimmung heischten. Das war natürlich eine absolute Unmöglichkeit und wilder Lärm entstand, der sich zu einer bis dahin noch nie dagewesenen Höhe steigerte, als Ledebour auf der Tribüne erschien. Eine Viertelstunde währte der Tumult, in dem die Delegierten aufeinander eindrangen und dessen Wogen sich erst glätteten, als Haase vorschlug, den Antrag am andern Morgen zu beraten. Unter dauernder Erregung wurde schließlich die Sitzung vertagt, nachdem Haases Vorschlag mit überwältigender Mehrheit angenommen worden war.

Am Mittwoch in der Nachmittagssitzung erblickt kaum man zum Schluß über den ersten Punkt der Tagesordnung. Der Vormittag wurde ausgefüllt mit Auseinandersetzungen über die Forderungen der Soldaten und den Barthschen Antrag, jeden Grenzschutz aufzuheben. Als dann wieder eine Abordnung von Arbeitern größerer Fabriken mit großen Plakaten in den Saal marschierte, da wollte doch bei der Mehrheit der Geduldsfaden zerreißen. Aber der Vorsitzende schaffte durch den Vorschlag Ruhe, daß die Versammlung die Abordnung als letzte noch einmal reden lassen solle. Das geschah denn auch, worauf die Arbeiter abzogen. In seinem Schlußworte wiederholte darauf Leichen-Müller noch einmal alle seine Vorwürfe gegen die Volksbeauftragten und besonders gegen Ebert, Scheidemann und Landsberg in so aggressiver Weise, daß Scheidemann diese Ausbeutung des Schlußwortes als schamlos bezeichnete. Dann wandte sich auch der unabhängige Volksbeauftragte Dittmann, der sich in seinem Berichte über die Tätigkeit der Räteregierung sehr sachlich gehalten hatte, in seinem Schlußworte sehr entschieden und geschickt gegen Leichen-Müller und Ledebour, wobei namentlich seine Abrechnung mit Ledebour durch demonstrativen Beifall der Versammlung unterstrichen wird. Nachdem in der Mittagspause wieder Soldatendemonstrationen stattgefunden hatten, konnte in der Nachmittagssitzung zur Abstimmung über die zahlreichen Anträge geschritten werden; sie füllten die ganze Sitzung bis zum späten Abend aus. Wegen der Soldatenanträge über die Ausübung der Kommandogewalt der Offiziere kam es zu einem Abkommen mit den Soldaten. Ueber die Anträge der Versammlung ergab sich im allgemeinen große Einmütigkeit. Mit großer Mehrheit wurde ein Antrag über die Entwaffnung der Gegenrevolution angenommen. Mit derselben Mehrheit wird ein Antrag Geyer-Leipzig zum Grenzschutz abgelehnt; ebenso ein demselben Gegenstand behandelnder Antrag Barth. Einmütig dagegen findet Zustimmung eine Anregung, daß die Waffenstillstandskommission in erster Linie den Gefangenenaustausch vorbereiten soll.

Der entscheidende Antrag der Mehrheit betrifft die Abgrenzung der Zuständigkeit zwischen den Räten und den Arbeiterräten. Danach wird die Reichsversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte sich als die Körperschaft erklärte, die die gegenwärtige politische Macht Deutschlands repräsentiert; bis zur anderweiten Regelung der Angelegenheit durch die Nationalversammlung wird die gesetzgebende und vollziehende Gewalt dem Rat der Volksbeauftragten übertragen. Auch dieser Antrag wird mit überwältigender Mehrheit angenommen.

So wäre der erste Punkt der Tagesordnung nach einer Beratung von vollen drei Tagen endlich erledigt. So wenig anziehend der Verlauf der Verhandlungen war, so ist doch aus dem Ergebnisse der Abstimmungen die erfreuliche und glückverheißende Tatsache festzustellen, daß die große Mehrheit der Versammlung hinter der Regierung der Räte und ihrer Politik steht. Das Schicksal der Unabhängigen vom Schlage der Ledebour, Müller und Geyer ist entschieden.

Unabhängiger Jesuitismus.

Wie Liebknecht vor reklamehaft zusammengetrommelten Arbeiterhaufen auf der Straße und vor dem Abgeordnetenhause ununterbrochen den Leuten vorredet, daß die Revolution noch gar nicht begonnen habe und die Arbeiter die Regierung Ebert-Haase erst davonjagen müßten, wenn die Revolution durchgeführt werden sollte, so fordern in der Versammlung die Ledebour, Leichen-Müller und ihr Anhang die Beseitigung des Kopfes dieser Regierung, des Genossen Ebert. Eine Beseitigung Eberts wäre aber unvermeidlich verknüpft mit dem Rücktritte der beiden anderen sozialdemokratischen Rätemitglieder. Und das wäre der Zusammenbruch nicht nur der jetzigen Regierung, sondern des ganzen Systems der Arbeiter- und Soldatenräte überhaupt, es wäre der Anbruch des Chaos und der Anarchie. In seiner Erwiderung auf die unqualifizierbaren Angriffe des Volksbeauftragten Barth hatte Ebert auf dessen Verdächtigungen ganz mit Recht ausgeführt, daß so ein Zusammenarbeiten in der Räteregierung nicht möglich sei; die sozialdemokratischen Volksbeauftragten müßten sich deshalb vorbehalten, zu entscheiden, ob sie überhaupt noch in der Lage seien, ihr Mandat auszuführen, wenn nicht Sicherungen geschaffen würden. Diese Alternative ist ganz selbstverständlich, weil anders ein ersprießliches Arbeiten der Räteregierung gar nicht möglich ist.

Bezeichnend ist die Haltung, die die L. V. zu dieser klaren Stellungsfrage einnimmt. Sie hat, schreibt sie, sicherlich kein Vertrauen in die Führer der Rechtssozialisten und ihrer Grundsätze, sofern sie überhaupt welche haben. Aber sie hält diese Führer für klug genug, um die Folgen ihrer Handlungen zu übersehen und zu erkennen, daß in der wirtschaftlichen Zerrüttung, die der Krieg über Deutschland gebracht hat, eine andere als sozialistische Politik nicht möglich sei. Deshalb nimmt die L. V. auch vorerst die „Drohungen", mit der es Ebert dem Barth besorgt hat, noch nicht als Vorläufer einer Regierungssprengung. Wir wollen uns hier nicht mit der Untersuchung der Frage aufhalten, wer den sozialistischen Grundsätzen in der Revolutionsregierung besser gedient, die Sozialdemokraten oder die unabhängigen Phrasenmacher; wir halten auch den Nachweis für überflüssig, daß Ebert, Scheidemann und Landsberg, überhaupt jemand von der Mehrheit das paritätische Verhältnis stören will — hier sprechen ja die Dinge eine zu deutliche Sprache. Aber die Heuchelei muß festgenagelt werden, die in dem Räsonnement der L. V. liegt. Sie erkennt es richtig als eine Gefahr an, die in dem Zusammenbruch der Räteregierung für das ganze Reich und das ganze Volk liegt. Das wissen natürlich auch Ebert und seine Freunde. Aber es waren doch Unabhängige, die Ledebour, Geyer usw., die, wie auch die L. V. schon so oft, den Rücktritt Eberts forderten, was den Zusammenbruch der jetzigen Regierung bedeutet hätte. Was Ebert mit seiner berechtigten „Drohung" gesagt hat, war weiter nichts als eine nachdrückliche Unterstreichung der Forderung, daß der Boden von den Unabhängigen nicht unterhöhlt werden darf, auf dem allein ein gemeinsames Arbeiten möglich ist. Käme es durch die unverantwortlichen und gewissenlosen Treibereien der Unabhängigen doch dahin — nach der Haltung der Reichsversammlung gilt das als ausgeschlossen —, daß Ebert und seine Freunde zurücktreten und daß Haase und Ledebour die Verantwortung überlassen müßten, dann trügen nicht unsere Genossen, sondern die Treibereien der Unabhängigen die Schuld. Das muß gegenüber den jeweilichen Verdrehungen der L. V. festgestellt werden.

Der Spartakusbluff.

Im Namen von 20 Soldatenräten der Berliner Regimenter und sonstiger militärischer Formationen sind am Dienstag dem Rätekongreß eine Anzahl Forderungen mit dem unbedingten Verlangen ihrer sofortigen Annahme unterbreitet worden. Von den 20 Soldatenräten, in deren Namen die Forderungen vorgetragen wurden, haben 12 bereits erklärt, daß sie von der ganzen Geschichte nichts wüßten; bei den letzten acht liegt es sehr wahrscheinlich ebenso. Es handelt sich also gar nicht um Forderungen der Soldatenräte, sondern um solche des Roten Soldatenbundes im Spartakuslager, der einfach 20 Soldaten als Vertreter der Soldatenräte ausgegeben hat. Der Bluff übersteigt an Frechheit allen bisherigen Spartakusschwindel.

Zur Frauenagitation!

Frauen und Mädchen!

Uns ist über Nacht ein Recht geworden, ein Recht, das uns den Männern politisch gleichstellt: **Wir dürfen politisch wählen und können auch gewählt werden!**

Aber auch eine große Pflicht ist uns geworden, die Pflicht nämlich, unser Recht anzuwenden zum Segen des Volksganzen.

Frauen und Mädchen, wem verdanken wir es, daß uns das Sehnsuchtsland der Gleichberechtigung die Tore weit öffnet? All denen, die in der Partei der Gleichberechtigung, der Sozialdemokratie, jahrzehntelang arbeiteten und kämpften!

Eine Macht ist uns in die Hände gegeben! Eine scharfe Waffe, die richtig angewandt werden muß. Es könnte leicht kommen, daß uns die neue Waffe Wunden schlägt.

Unworben wird die neue Bürgerin im neuen Freiheitsland! Es schmeicheln ihr heute sehr viele, die noch vor einigen Wochen höhnisch die Forderungen der Frauen abwiesen. Sehr viele, die Politik für **Männersache** erklärten, nähern sich uns als Freunde. Seien wir auf der Hut und eingedenk dessen, daß unserer jungen Freiheit Gefahren drohen, wenn wir nicht restlos arbeiten. Viel Aufklärung tut not. Nehmen wir uns ein Beispiel an den Gegnern, die fieberhaft an der Politisierung der Frau in ihrem Sinne arbeiten.

Elisabeth Röhl-Köln a. Rh.

Die Entente gegen die Arbeiter- und Soldatenräte.

Veranlaßt durch eine Anfrage des Arbeiter- und Soldatenrates zu Kreuznach bei der deutschen Waffenstillstandskommission in Trier hat Staatssekretär Erzberger sich mit Foch zunächst schriftlich, dann mündlich wegen der Anerkennung der Arbeiter- und Soldatenräte in Verbindung gesetzt und eine ablehnende Antwort erhalten, der auch der englische Bevollmächtigte beigetreten ist. Es handelte sich darum, festzustellen, ob die den Vertretern der besetzten Gebiete auf der Reichsversammlung die ungehinderte Ausreise- und Rückkehrmöglichkeit gewährleistet sei. Die Antwortet lautet, wie gesagt, negativ. Die bürgerliche Presse folgert daraus, daß die Entente die Arbeiter- und Soldatenräte überhaupt nicht anerkennt. Das ist jedoch nur eine Annahme, da die Entscheidung nur für die besetzten Gebiete getroffen ist, für die unbesetzten Gebiete aber natürlich keine Geltung haben kann und — auch gar nicht erhalten wird, da, ehe der Entente die Möglichkeit zu einer solchen Entscheidung gegeben sein wird, durch die Einberufung der Nationalversammlung und die Wahl einer definitiven Regierung, der Entente die Gelegenheit zu einer solchen Entscheidung genommen sein wird.

Die englische Wahlkampagne.

Bern, 19. Dezember. Die englische Wahlkampagne, die am letzten Sonnabend zu Ende ging, war, wie aus der englischen Presse hervorgeht, in verschiedenen Wahlbezirken von offener revolutionärer Propaganda begleitet. Von besonderer Bedeutung war sie in dem Bezirk Glasgow, wo der Sozialist John Maclon, der wegen „revolutionärer Umtriebe" erst vor kurzem eine Zuchthausstrafe verbüßt hatte, dem Arbeitsminister Barnes gegenüberstand. In der Versammlung wurde die sozialistische Republik gefordert. Man brachte Hochrufe auf die russische, deutsche und auf die kommende englische Revolution aus. In energischer Sprache wurde der infame Waffenstillstand verurteilt, der Deutschland und Oesterreich-Ungarn aufgezwungen wurde.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519181219-18/fragment/page=0001

Die Reichskonfererenz der A. u. S.-Räte.

Sitzung vom Dienstag nachmittag.

Die Aussprache über die Berichte des Vollzugsrats und des Rates der Volksbeauftragten werden fortgesetzt.

Heckert-Chemnitz teilt mit, daß im Rheinland Arbeiter- und Soldatenräte schon vor der Besetzung durch den Feind vom 7. Armeekorps aufgelöst wurden. Es besteht jetzt eine Nebenregierung Hindenburg, wie es früher eine Nebenregierung Ludendorff gab. Die Regierung ist viel zu unlätig. Dittmann hat nur bei den Regierungssozialisten Beifall gefunden. Volksbeauftragte, die noch heute die Politik des 4. August für richtig halten, verdienen unser Vertrauen nicht. Nicht nur Ludendorff gehört vor den Staatsgerichtshof, sondern alle, die diese Politik unterstützten. Dittmann forderte eine Einheitsfront gegen die Reaktion. Warum ist man hier Jahre lang mit dem Grafen Westarp zusammengegangen? Wie steht es mit der Entschädigung der Opfer der Belagerungszustände? Die Amnestie genügt doch nicht. Wenn wir nicht in allernächster Zeit die Revolution sichern, ist die Gegenrevolution siegreich. Die Volksbeauftragten haben die Pflicht, gegen diese Bestie mit allen Mitteln rücksichtslos durchzugreifen. Können sie das nicht, dann sollen sie vom Platze verschwinden.

Reese-Saarbrücken: Die Berliner glauben, sie allein könnten alles richtig machen. Aber wir sind nicht so dumm wie die Berliner glauben. Die Mitteilungen über die Gegenrevolution waren uns nicht neu. Aber man übersehe das auch nicht. Wir haben Vertrauen zu den Volksbeauftragten.

Ein Schlußantrag wird angenommen. Zu seiner Verteidigung aber erhält noch das Wort

Volksbeauftragter Barth:

Ich habe in den letzten Wochen die Arbeiter überall aufgefordert, nicht zu streiken, weil jeder Streik jetzt kein Kampf gegen die Unternehmer, wohl aber ein Kampf gegen die sozialistische Republik ist. Ich habe Angriffe einstecken müssen. Heute ist der Tag, wo es sich entscheidet, ob ich im Kabinett bleiben kann oder nicht. Soeben kommt ein Telegramm aus dem Osten, wonach unseren Truppen dort das Schicksal der napoleonischen Armee droht, weil Letten und Polen Schwierigkeiten machen. Seit Wochen befürworte ich leider vergeblich eine Verständigung mit Moskau und Warschau. Aber gerade Landsberg war es, der aus Gründen der nationalen Ehre (Pfui-Rufe) für die Aufrechterhaltung des Grenzschutzes eingetreten ist. (Hört, hört!) Jetzt erleben wir die Folgen dieser Politik. Vielleicht haben die Polen nur einen Vorwand gesucht (Sehr richtig! b. d. Mehrheit), mit nationaler Ehre aber hat das gar nichts zu tun. (Ostpreußische Zurufe: Sie kennen den Osten nicht.) Wenn die Entente bestimmt, daß dieses oder jenes Gebiet zu Polen gehören soll, dann können wir nichts machen, denn wir sind wehrlos. (Sehr richtig!) Wir sollten doch keine Vogel Strauß-Politik treiben. Des Prestiges wegen darf kein Tropfen Blut fließen. Nur durch eine Verständigung mit den Polen sichern wir unsere Kohlen und Metalle. Sonst wird der Zusammenbruch, den wir dem französischen und verbrecherischen Gesindel verdanken, noch schlimmer.

Jetzt kommt zum Grenzschutz im Osten noch der Grenzschutz im Westen. Der Rat der Volksbeauftragten hat die sofortige Demobilisierung angeordnet. Aber was erleben wir? Am Sonnabend kommt ein Telegramm der Obersten Heeresleitung an uns, in dem sie ersucht, daß zehn Kilometer hinter der neutralen Zone ein Grenzschutz bestehen bleiben und daß die Bewachungsmannschaften der Soldatenräte aufgehoben werden sollen. (Hört, hört! und Pfuirufe.) Ich war einfach sprachlos. Noch sprachloser wurde ich, als in der Kabinettsitzung Ebert und Landsberg erklärten, daß wir unsere Grenze nicht schutzlos lassen könnten. (Stürmisches Hört, hört! b. d. Minderheit. Zurufe: Verräter.) Wer vom Grenzschutz im Westen spricht, begeht ein Verbrechen am deutschen Volk, denn dieser Grenzschutz ist eine Provokation für die Entente, er bringt den ganzen Frieden in Gefahr. Er entspricht den Wünschen der Leute, die gehnmal lieber den Feind als den Sozialismus im Lande haben. Wenn die Militärautokratie sich uns nicht fügt, dann muß diese ganze Gesellschaft nicht nur zum Teufel gejagt, sondern ins Kittchen gesteckt werden. (Demonstrativer Beifall bei den Unabhängigen.) Wir haben sofort um Aufklärung ersucht, aber bis jetzt hat die Oberste Heeresleitung nicht geantwortet. Das schlägt dem Faß den Boden aus. Wir erklären: Bis hierher und nicht weiter! (Neuer demonstrativer Beifall b. d. Unabh.)

Wie sieht es denn in Berlin aus? Ich bin der letzte, der bei allem Mißtrauen gleich ein großes Tamtam macht. Aber es steht fest, daß hier in Berlin die rücksichtslose Militärautokratie am Werke ist, sich zu stabilisieren. In allen hier eingezogenen Regimentern sind die Soldatenräte glatt aufgehoben worden (Widerspruch) mit dem Bemerken, jetzt gäbe es nur noch Vertrauensräte der Frontruppen; die höheren Offiziere haben Befehle erlassen, die sich in nichts von denen vor 5 und 9 Jahren unterscheiden. (Hört, hört!) Haben wir da nicht die Pflicht, die Söhne des Volkes nicht Führern auszuliefern, die sich in der Stunde, wo sie glauben, es tun zu können, gegen Vater, Mutter und Geschwister führen? Soll die Weltgeschichte einmal sagen, daß die sozialistische Republik durch Leichtfertigkeit und Unterlassungssünden das verschuldet habe, was Wilhelm II. nicht mehr vergönnt war zu erreichen. Da müssen wir Tabula rasa machen, und heute konsequent sagen, daß die Grundgedanken des Volkswehrgesetzes schon heute bei allen Truppenteilen in Kraft treten (Lebhafter Beifall), d. h. alle Formationen wählen ihre Führer selbst. (Erneuter Beifall.) Allerdings wollen wir die Offiziere nicht einfach hinausschmeißen, die Leute haben in ihrem Sinn ihr ganzes Leben lang für ihr Volk das Beste getan, da haben wir natürlich auch die Verpflichtung, den jungen Offizieren die von ihnen gewünschte Ausbildung für einen bürgerlichen Beruf zu ermöglichen. Den alten und kranken Offizieren sollen auskömmliche Pensionen bezahlt werden. Niemand soll von uns sagen können, daß wir rücksichtslos, axaysam und brutal auftreten. Aber alles Konterrevolutionäre müssen wir ausmerzen, indem wir rücksichtslos gegen die Soldateska vorgehen.

Am letzten Freitag nachts wäre beinahe ein furchtbares Blutbad angerichtet worden durch einen mündlichen Befehl — in einer solchen Sache ein mündlicher Befehl — des Generalkommandos an einen Hauptmann der Maikäfer, die Freitag nachmittag bereits eingezogen waren, aber am nächsten Morgen wieder abmarschieren mußten, um ganz feierlich wieder hereinzumarschieren. (Große Heiterkeit.) Diesem Hauptmann war gesagt worden, daß die im Schloß liegenden Matrosen eine Liebknecht-Garde seien und am nächsten Tag verhindern sollten, daß der Reichstag zusammentrete; deshalb seien die Maikäfer in der Bibliothek einquartiert, um die Matrosen im Zaum zu halten. Wenn die Marinedivision im Schloß ebenso tolpatschig gewesen wäre, dann wäre sie mit Kanonen und Maschinengewehren vor die Bibliothek gerückt und was daraus entstanden wäre kann man sich denken. Ich veranlaßte dann, daß die Alarmbereitschaft der Soldaten aufgehoben wurde. Das Generalkommando erklärte, einen derartigen Befehl nicht gegeben, sondern nur deshalb Marschbereitschaft angeordnet zu haben, damit die Soldaten am nächsten Tag beizeiten wieder zum Einzug ausmarschieren können. Wer kann einen mündlichen Befehl nachkontrollieren? Auf meine Frage an den Hauptmann, ob er denn nicht wisse, daß es Hochverrat sei, wenn der Reichstag zusammentrete und er sich also durch Förderung dieses Zusammentretens mitschuldig am Hochverrat machen würde, sagte er: davon weiß ich nichts, der Reichstag ist doch eine Einrichtung des Reiches. Einem Mann von solchem politischen Verständnis hat man Generalvollmacht gegeben! Gegen den Kriegsminister Scheuch habe ich persönlich nicht den geringsten Verdacht, aber daß er jetzt demissioniert hat, ist für mich der Beweis, daß er der konterrevolutionären Kräfte, die am Werke sind, nicht mehr Herr werden kann. Derartigen Machenschaften muß der Boden entzogen werden. Geben Sie dem Rat der Volksbeauftragten eine klare Vorschrift und wer von den Volksbeauftragten glaubt, ihr aus Bedenken der nationalen Ehre nicht folgen zu können, der möge ausscheiden. Nehmen Sie folgenden Antrag an:

Jedweder Grenzschutz, soweit er zur Demobilisierung nicht notwendig ist, d. h. lediglich Ueberwachung der Bahnen, ist sofort im Osten und Westen aufzuheben. Alle Truppen sind sofort zu demobilisieren, alle Offiziere sind bei Ankunft in der Garnison zu entlassen, wobei die Kosten für die Ausbildung zu einem bürgerlichen Beruf zu übernehmen und bei älteren oder kranken Offizieren Pension zu zahlen ist. Die Volkswehr ist schleunigst in ausreichendem Maße zu schaffen.

Wenn wir so beschließen, kann kein Mensch aus der bürgerlichen Gesellschaft einen Stein auf uns werfen. Wenn wir das tun zur Sicherung der Revolution, dann können wir auch mit gutem Gewissen überall für die Solidarität zur Entsagung, im Interesse des Sozialismus, der Freiheit und der Allgemeinheit eintreten. Beschließen Sie so, dann haben Sie getan, was diese ernste Stunde von Ihnen im Interesse der Revolution fordert. (Stürmischer Beifall b. d. Unabh.)

Nach einer neuen langen Geschäftsordnungsaussprache ergreift das Wort

Volksbeauftragter Ebert:

Es ist schwer ruhig zu bleiben angesichts des höchst merkwürdigen Verfahrens, das Barth eingeschlagen hat. Wenn er nach Schluß der Debatte für sich das Recht in Anspruch nahm, zu reden, hatte er die Pflicht, sich zurückzuhalten. (Zustimmung.) Es handelt sich hier um Fragen von der allergrößten Bedeutung. Barth hätte mindestens die Pflicht gehabt, sich vorher mit uns ins Benehmen zu setzen. (Lebhafte Zustimmung.) Das hat er nicht getan, sondern hat uns ganz unvorbereitet in diese Lage gebracht. (Zurufe: Unerhört!)

Es handelt sich um Fragen, die im Kabinett entweder einstimmig erledigt worden sind, oder die noch der Erledigung harren.

Zunächst unsere Truppen im Osten. Sogleich nach Uebernahme der Regierung haben wir das Kriegsministerium und das Auswärtige Amt angewiesen, für schnellste Rückbeförderung unserer Truppen in die Heimat zu sorgen. (Zustimmung.) Aber selbstverständlich muß für einen ausreichenden Bahnschutz gesorgt werden, sonst können unsere Leute nicht nach Hause kommen. Die Dinge liegen nicht so einfach, wie Barth sie hingestellt hat. Die Lage im Osten enthält große Schwierigkeiten. Dazu gehört auch die Frage des Grenzschutzes. Auch hierüber hat im Kabinett volle Uebereinstimmung geherrscht. (Hört, hört!) Eine Zeitlang bestand für die Grenzbezirke durch polnische Banden eine große Gefahr. (Lebhafte Zustimmung bei Vertretern aus dem Osten.) Gewiß waren manche Mitteilungen übertrieben, aber wir müssen unsere Landsleute doch schützen. (Beifall.) Daher haben wir einen Grenzschutz aus bodenständigen Truppen geschaffen, der mit den Polen gemeinsam arbeiten soll. Was sollen wir denn weiter tun? Sollen wir unser Land widerstandslos jedem Eindringling preisgeben. (Großer Beifall.)

Und dann beruht weiter

unsere Kartoffel- und Getreideversorgung

auf den Beständen in Westpreußen und Posen. Also mußten wir im Interesse unseres darbenden Volkes die Grenze schützen. (Stürmischer Beifall.) Hierüber hat es im Kabinett keine Meinungsverschiedenheiten gegeben. (Hört, hört!)

Und nun zum Westen. Am Sonnabend ist bei uns eine Telegramm der Obersten Heeresleitung eingelaufen, das darauf hinauslief, man solle im Westen hinter der neutralen Zone einen Grenzschutz schaffen, und das Vorschläge machte, über die Stellung dieser Grenzschutztruppe zu den Sicherheitstruppen der Soldatenräte. Ueber diese Fragen sind wir uns noch nicht völlig klar geworden und haben beschlossen, von der Obersten Heeresleitung Auskünfte einzufordern. Diese Auskünfte waren bis Montag abend noch nicht eingelaufen. Das ist die einfache Sachlage. Von vielen Behörden und von Angehörigen beider sozialdemokratischer Parteien ist uns gegenüber die Notwendigkeit betont worden, hinter der neutralen Zone gewisse Sicherungen zu schaffen, um Leben, Eigentum und Ordnung nicht jedem preisgegeben, der herüberkommt. Insbesondere haben Soldaten aus beiden Gruppen eine gewisse Sicherung für dringend notwendig erachtet. (Hört, hört!) Aber die Frage ist noch offen, sie wird erst entschieden, wenn die Rückäußerung der Obersten Heeresleitung eingelaufen ist.

Ist es angesichts dieser Sachlage gerechtfertigt, wenn ein Mitglied der Regierung, das wissen wmuß, mit welch ungeheuren Schwierigkeiten wir zu kämpfen haben, hier in dieser Weise auftritt? (Stürmische Zurufe b. d. Mehrheit: Nein!) Durch ein solches Auftreten wird das Zusammenwirken aller Kräfte, das unbedingt notwendig ist, ungeheuer erschwert. (Stürmischer Beifall, erregte Zurufe Barths.) Und was soll ich schließlich dazu sagen, wenn Barth hier einen so wichtigen Antrag nach Schluß der Debatte in die Verhandlungen wirft! So einfach kann man schwierige Dinge nicht regeln. Wir müssen uns nach diesem Vorgehen vorbehalten, zu prüfen, ob wir überhaupt noch in der Lage sind, unsere Arbeiten weiterzuführen, wenn nicht Sicherungen und Verfehrungen getroffen werden. (Stürmischer Beifall b. d. Mehrheit, Zischen, Lachen und Unruhe bei der Minderheit.)

Der Delegierten bemächtigt sich um Anschluß an dieses Rededuell große Erregung. Die Minderheit verlangt stürmisch, daß auch ein Mitglied des Vollzugsrats sofort das Wort nimmt. Eine neue lange heftige Aussprache zur Geschäftsordnung setzt ein. Von verschiedenen Seiten wird hervorgehoben, daß es ganz unmöglich ist, über den Antrag Barth so ohne weiteres zu verhandeln. Die Mitglieder des Vollzugsrates, die auf der Ministerbank links vom Präsidententisch Platz genommen haben, beteiligen sich durch laute Zurufe an der Aussprache und erweitern Zurufe aus den Reihen der Mehrheitssozialisten mit lärmenden Gegenkundgebungen. Minutenlang dauert der Lärm an. Schließlich nimmt ein Mehrheitssozialist, der über einen großen Stimmenaufwand verfügt, das Wort und vermeist die Mitglieder des Vollzugsrats in ihre Schranken. Der Kongreß sei ein Parlament und in einem Parlament sei es ganz undenkbar, daß Regierungsmitglieder sich in dieser Weise in die Verhandlungen einmischen. (Zustimmung.) Die Vollzugsratsmitglieder hätten sich zu verantworten und sich im übrigen höchst ruhig zu verhalten. Auch die Tribünen hätten Ruhe zu bewahren. (Beifall.)

Der Kölner Delegierte **Haas** beantragt Vertagung, da in dieser gereizten Stimmung doch nicht weiter verhandelt werden könne. Man müsse ruhig Blut und sich einen kühlen Kopf bewahren. (Beifall.) Bis Mittwoch könnten sich die Fraktionsvorsitzenden verständigen.

Ein Antrag, die Aussprache wieder zu eröffnen, wird mit großer Mehrheit abgelehnt. (Neuer Lärm bei der Minderheit. — Vorsitzender **Seger** sucht vergeblich, Ruhe zu schaffen. — Allseitige Zurufe: Leinert soll den Karste übernehmen!)

Vorsitzender **Seger**: Von der rechten Seite wird andauernd versucht, durch Lärm den Kongreß zu sabotieren. (Stürmischer Widerspruch b. d. Mehrheit.)

Garbe-Kiel und Gottschall-Königsberg (Unabhängige) bestreiten, daß nur die Mehrheitssozialisten Seger nicht verstehen, seine Stimme sei im Saal nirgend zu hören. (Allseitige Zustimmung.)

Mitglieder der Fraktion der Mehrheitssozialisten protestieren erregt gegen den Vorwurf Segers. Gerade die intimsten Freunde Segers hätten nach Leinert gerufen.

(Zustimmung.)

Vorsitzender **Leinert** macht Mitteilung von Verhandlungen mit den Fraktionsführern: So kann es nicht weiter gehen, der Kongreß muß erst einmal arbeitsfähig gemacht werden. Das soll dadurch erreicht werden, daß nicht mehr jeder einzelne sich zum Wort melden und Anträge stellen kann, sondern daß muß durch die Fraktionen geschehen. Insgesamt haben sich vier Fraktionen gebildet: die Fraktion der Mehrheitssozialisten, die Fraktion der Unabhängigen, die Fraktion der Soldaten und die Demokratische Fraktion. Dieser gehören 21 Mitglieder an. Die den Mehrheitssozialisten angehörenden Soldaten sollen der Soldatenfraktion beitreten. Es bleiben dann noch einige „Wilde" übrig, die sich an die ihnen am nächsten stehenden Fraktionen anschließen sollen, damit sie zum Wort kommen können. Die Volksbeauftragten sollen einmal nach den Berichterstattern und dann nach jeder Rednerserie das Recht haben, einzugreifen. (Zurufe: Vollzugsrat!) Der Vollzugsrat ist mit Punkt 1 erledigt, die übrigen Punkte der Tagesordnung haben nichts mehr mit ihm zu tun. Seine Mitglieder mögen sich den Fraktionen anschließen.

An dieser Stelle der Leinertschen Ausführungen erscheinen plötzlich auf der Vorstandsempore etwa 30 Soldaten, von denen jeder ein an einer Stange befestigtes Schild mit der Angabe eines der in Berlin liegenden Truppenteils (Ersatztruppenkörper) trägt. Sie nehmen zu beiden Seiten und hinter der Rednertribüne Aufstellung. Ihr Führer betritt den Rednerplatz und entnimmt seiner Mappe ein Schriftstück. Er verliest eine Erklärung, wonach die auf den Schildern angegebenen Truppenteile hinter der Regierung stehen, nämlich hinter der Regierung, die sich die Durchführung der sozialistischen Republik zur Aufgabe gemacht habe. Weiter wird in der Erklärung gegen die von reaktionärer Seite gewünschte Auflösung und Heimsendung der Volksmarinedivision (Ledebour ruft: Landsberg!) protestiert, die sich als revolutionäre Truppe besonders bewährt und gerade in der jetzigen Zeit sehr notwendig sei. (Lebhafter Beifall bei den Linksradikalen.) Ferner werden folgende

Forderungen

erhoben:

Einsetzung eines obersten Soldatenrats, der die Kommandogewalt im Reiche zu übernehmen hat;

Verbot sämtlicher Kragabzeichen;

Entwaffnung aller Offiziere;

Entwaffnung und Abzeichenentfernung hat stattzufinden, sobald von den heimkehrenden Truppen die Waffen in den Kasernen niedergelegt sind;

Schließlich wird erklärt, daß alles im Interesse der Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung Notwendige von den Soldaten aus geschehen werde und es wird verlangt, daß über den vorstehenden Antrag der Kongreß sofort entscheide.

Diese Verlesung wird von den Linksradikalen mit lebhaftem Beifall und Händeklatschen aufgenommen.

Vorsitzender **Seger** erklärt unter lebhafter Zustimmung, daß der Kongreß nicht sofort entscheiden könne, daß er aber den Antrag entgegennehme, und zunächst darüber beraten werde, an welcher Stelle der Tagesordnung er zu behandeln sei. (Entrüstungsrufe bei den Linksradikalen, die nach sofortiger Entscheidung verlangen.)

Ein Mitglied der Soldatenfraktion: Wir Vertreter der Frontsoldaten der Westfront, der Ostfront und der Südostfront begrüßen die Vertreter der Heimatstruppen. Wir teilen Eure Schmerzen. Ihr könnt volles Vertrauen zu uns haben, die wir lange vor dem Kriege schon in der Partei und in der Gewerkschaft gestanden haben, daß wir alle Eure Wünsche nach Möglichkeit erfüllen werden. Aber Ihr müßt einsehen, daß Eure Forderungen so bedeutungsvoll und weitgehend sind, daß sie reiflich überlegt werden müssen. (Lebh. Widerspruch und laute Schlußrufe bei den Linksradikalen.) Der Redner wendet sich gegen diese Zurufe und sagt, es müsse endlich einmal Schluß gemacht werden mit der Verhetzung der Heimatmee gegen die Frontarmee. Wir werden uns verlesen, denn wir wollen das Einigende hervorheben und nicht das Trennende. (Beifall.)

Ein Vertreter der Heimattruppen verlangt sofortige Beratung; dieser wichtige Antrag sei dieses Parlaments durchaus würdig und auch sachlich durchaus gerechtfertigt. (Lebh. Beifall bei den Linksradikalen.) Im Interesse des Sozialismus und der Bekämpfung der Gegenrevolution müsse die Sache sofort erledigt werden. (Stürm. Beifall bei den Linksradikalen.)

Heckert-Chemnitz verlangt gleichfalls, daß der Antrag der Berliner Garnison sofort in einer der Revolution würdigen Weise zum Abschluß gebracht werde. (Vereinzelter Beifall. — Lärm und andauernde Unruhe.)

Ledebour bittet, den Wünschen der Soldaten nachzukommen. (Zurufe: Es ist schon spät! Wir sind müde!) Ich bin der Aelteste im Saal und Ihr jungen Kerle könnt auch noch aushalten. (Unruhe.) Gewiß entspricht das Verlangen der Soldaten nicht parlamentarischen Gebräuchen. Aber wir stehen im Brennpunkt der Revolution. Es kommt auf Stunden an. (Lärm.) Besonders die Matrosen verlangen Schutz gegen die Hetze, die Landsberg gegen sie in Szene gesetzt hat. (Minutenlanger Lärm. — Schlußrufe. — Ungeheure Erregung. Lange Zeit ist jedes geordnete Verhandeln unmöglich. Der allgemeine Wirrwarr steigt, eine völlige Auflösung greift Platz.)

Severing-Bielefeld, der Vorsitzende der Fraktion der Mehrheitssozialisten, fordert seine Freunde zum Verlassen des Saales und zur Teilnahme an einer Fraktionssitzung im Festsaal auf. — Ein Teil der Mehrheitssozialisten leistet der Aufforderung unter vielstimmigen Pfui-Rufen der Radikalen und der auf den Tribünen zahlreich vertretenen radikal gesinnten Besucher Folge, während der Mehrheitssozialist **Cohen** von der Ministerbank aus zum Verbleiben im Saale durch Rufe und Gestikulationen auffordert. Der Tumult nimmt von Minute zu Minute zu. Die Delegation der Berliner Regimenter erachen sich in lauten Verwünschungen gegen die Mehrheitssozialisten, die den Saal verlassen. Jede Disziplin ist verloren gegangen.

Schließlich gelingt es dem

Volksbeauftragten Haase,

sich Gehör zu verschaffen. Er findet die Erregung der Soldaten begreiflich, aber auch die Erregung der Delegierten. Der Antrag solle schnellstens erledigt werden, aber ohne Aussprache könne man zu keiner Entscheidung kommen. (Zustimmung. — Lärmender Widerspruch der Soldatendelegation.) Eure Rechte werden nicht verkürzt. Gewiß, Ihr seid mißtrauisch. Aber schließlich haben sich doch die Ereignisse nicht so abgespielt, wie Ihr es immer befürchtet habt. Ihr könnt ruhig noch einen Tag warten. Ihr werdet nicht im Stich gelassen werden. Bei der Erregung, die uns alle ergriffen hat, ist es besser, wenn wir am Mittwoch an erster Stelle über den Antrag verhandeln. Heute bringen wir doch nichts zustande. (Beifall.)

Ein Teil der Mehrheitssozialisten kehrt in den Saal zurück. — Die Soldatendelegation schreit auf Haase ein, daß sie mit der Verschleppung nicht zufrieden sei. — **Ledebour** nimmt gleichfalls in großer Erregung gegen Haase Partei.

Vorsitzender **Seger** bringt unter andauernden Protesten Ledebours und der Delegation den Antrag Haase zur Abstimmung, gegen den nur ganz wenige Linksradikale stimmen. Das Abstimmungsergebnis wird von den Vertretern der äußersten Linken und den Tribünenbesuchern mit ungeheurem Lärm aufgenommen. Der Vorsitzende schließt schnell die Sitzung.

Der Saal leert sich nur langsam. Die Delegation der Soldaten schwingt drohend die langen Stöcke gegen die Kongreßteilnehmer, ballen die Fäuste und halten um kleine Gruppen, die sich um sie gebildet haben, in schreitendem Tone Ansprachen. Die Fraktionen traten sofort nach Abschluß der Verhandlungen zu Sonderberatungen zusammen.

Dritter Tag.

Berlin, 18. Dezember 1918.

Haus und Tribünen sind wieder stark besetzt.

Vorsitzender **Leinert** eröffnet die Sitzung um 9 Uhr 25 Min. Ich bin darauf aufmerksam gemacht worden, daß im Sitzungssaale und auf den Regierungsbänken Leute sitzen, die nicht herein gehören. Vor allem sollen Kuriere des Vollzugsrates anwesend sein. Ich bitte auch die Tribünen, sich jeder Mitwirkung zu enthalten, und die Delegierten, die Verhandlungen in größter Ruhe und Sachlichkeit zu führen.

Richard Müller teilt mit, daß die Kuriere zur Verteilung der Drucksachen bestimmt sind.

Die gestern verlesenen Anträge Leinerts zur Aenderung der Geschäftsordnung werden einstimmig angenommen. Der Passus „Anträge müssen von den Fraktionen eingereicht werden" wird gegen eine kleine Minderheit angenommen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519181219-18/fragment/page=0002

Es folgt die Beratung der gestern vorgelegten

Forderungen der Berliner Soldaten.

Lampel-Hamburg: Wir können die Forderungen der Berliner Kameraden annehmen; in Hamburg geschah dasselbe. Aber man kann das nicht in Bausch und Bogen tun. Es ist ein Unterschied zwischen einem schnöseligen Leutnant und einem alten Generalstäbler. Ich bin der Ansicht, daß wir diese Angelegenheit heute hier erledigen können. Die gestellten Forderungen sind Richtlinien. Die Ausführung muß den Volksbeauftragten im Einverständnis mit den Soldatenräten des Heeres und der Marine unter der Kontrolle des Vollzugsrates übertragen werden.

Punkt 1. Die oberste Kommandogewalt über Heer und Marine haben die Volksbeauftragten unter Kontrolle des Vollzugsrates.

Punkt 2. Als Symbol der Zertrümmerung des Militarismus ist das Tragen von Rangabzeichen und das außerdienstliche Tragen von Waffen verboten.

Da die Redezeit des Referenten abgelaufen ist, beschränkt er sich auf die Verlesung des Hamburger Programms.

Tost-Berlin: Schuld an den gestrigen Ereignissen ist das Treiben des Stadtkommandanten. Erst als die Kameraden mit ihren Forderungen von einer Stelle zur andern geschickt wurden, kamen sie hierher. Die Erregung ist wohl infolge der Plötzlichkeit entstanden. Landsbergs Vorgehen gegen den 53er Ausschuß ist haltlos. Dieser Ausschuß ist von der gesamten Marine (Zuruf: Ist ja nicht wahr!) gewählt worden, und kam im Einverständnis mit dem Reichsmarineamt nach Berlin. Die Annahme der Forderungen der Berliner Kameraden wird nicht den leisesten Widerspruch bei den Fronttruppen hervorrufen. (Beifall bei den Linksradikalen.) Niemand wird dagegen etwas einwenden, wenn die Achselstücke verschwinden und die Führer von den Truppen gewählt werden. Offiziere sollen bleiben, aber nur solche, die das Vertrauen der Truppe haben. Wollen Sie die Angelegenheit den Volksbeauftragten übertragen und sie damit hinausschieben, dann werden die Kameraden letzten Endes zur Selbsthilfe greifen. Das bedeutet nicht nur Anarchie, sondern auch Blutvergießen, denn die Offiziere werden, wenn sie ihre Autorität bedroht sehen, auch vor den verwegensten Mitteln nicht zurückschrecken. Nehmen Sie daher die Forderungen an. (Beifall.)

Plünderndes Gesindel.

Die Vorgänge in Dresden, bei denen es zwei Tote und mehrere Verwundete gab, machen es notwendig, die Tatsachen einwandfrei festzustellen. Die Unruhen in der Nacht zum Sonnabend und zum Sonntag sind zurückzuführen auf zwei Spartakusversammlungen, die am Freitag abend stattgefunden hatten. In den Versammlungen wurde direkt zu Gewalttätigkeiten aufgereizt, und Mitglieder der kleinen Spartagistengruppe waren es, die sich führend an den Exzessen in beiden Nächten beteiligten. Sowohl in der Nacht zum Sonnabend wie in der Nacht zum Sonntag wurde, wie wir aus der Dresdner Volkszeitung erfahren, zuerst aus dem Spartakushaufen geschossen. Das vergossene Blut kommt also auf das Konto der Kommunisten. Die Verwerflichkeit ihrer Agitation wird gekennzeichnet durch die Handlungsweise jenes fanatisierten jungen Mädchens, das mit dem Revolver im Muffe herumzog und schließlich einen Wachtposten über den Haufen schoß. Es sind die zweifelhaftesten Elemente, die sich den Spartakusleuten anschließen. Auf irgend eine hingeworfene Bemerkung hin werden Lebensmittellager attakiert, obwohl es sich um sorgfältig berechnete Vorräte handelt. Auf dem Altmarkte versammelte sich gegen 11 Uhr eine Menge, der ein Matrose in einer Rede erklärte, daß „die Sache erst um ½12 Uhr losgehe“. Er schloß seine Ansprache: „Kameraden, es bleibt dabei. **Die Maschinengewehre sind alle bereit.** Punkt 12 Uhr seid alle wieder hier!“ Und pünktlich zur festgesetzten Zeit fand sich der Matrose wieder ein und er fand auch sein Publikum. Er hielt wieder eine Rede, während der sich etwa 300 Menschen angesammelt hatten. Nach der Rede wurde ein Zug gebildet, bei dem sich alles hinten anschließen mußte. Ein Jäger Bellmann, der schon in den ersten Revolutionstagen sich unrühmlich hervorgetan hatte, ein Zivilist, der als ein Redakteur Kaufmann aus Bamberg ermittelt wurde, waren die Anführer der Rotte, die nach dem Konzerthaus zog, wo die starken Türen mit Gewehrkolben eingeschlagen wurden. Es handelte sich um eine Art blinder Zerstörungswut ohne jeden Sinn. Ein Soldat stand während des Exzesses vor dem Lokale Wache und die Menge johlte. Das anrückende Militär wurde aus der Mitte des Haufen sofort mit Feuer empfangen, das die Soldaten natürlich erwiderten. Die Tatsache, daß die ersten Schüsse aus der Mitte der Menge abgegeben wurden, ist von dem genannten Jäger Bellmann und einem Matrosen zugegeben worden. Vierzehn Personen, die als Rädelsführer festgestellt werden konnten, wurden verhaftet. Wie schon gesagt, wurde ein Soldat und ein Zivilist getötet, sechs Soldaten und drei Zivilisten wurden verwundet. Daß die Soldaten das Feuer erwiderten, ist selbstverständlich, sie werden sich doch nicht von einer radaulustigen Menge, oder von fanatischen Weibern in der Heimat niederschießen lassen. Sie haben die Besonnenheit bis zum Aeußersten gewahrt. Es kann aber auch ein Fehler sein, zu friedlich zu sein.

Was hier in Dresden geschehen ist, hat mit politischen Demonstrationen und mit der Revolution nichts zu tun; es sind einfache Exzesse einer zuchtlosen Menge, die von den Spartakusleuten durch gewissenlose Agitation angestiftet worden ist.

Die L. V., die sich entrüstet, wenn man von solchen Menschen als Gesindel spricht, berichtet über die Dresdner Vorgänge unter dem harmlosen Titel: „Ein Zusammenstoß in Dresden“. Bei einem Zusammenstoß müssen zweie da sein. Hier handelt es sich um ganz willkürliche Angriffe. Wenn die L. V. die Zusammenrottungen und die Folgen als harmlos hinzustellen versucht, so braucht man sich darüber nicht zu wundern. Das Treiben der Spartakusleute in Dresden unterscheidet sich durch nichts von den Exzessen, die sich in Leipzig unter Anführung des jungen Geyer abgespielt haben. Dieser Geyer war es, der unter dem Fahnenmast auf dem Augustusplatz jene Strafrede an den aus seiner Wohnung herbeigeholten Leutnant hielt, die zur Folge hatte, daß der Mann schwer mißhandelt wurde. Die L. V., in der Geyer sein Wesen treibt, bezeichnete diesen Vorgang auch als harmlos. Nach diesem Akt der Lynchjustiz zogen die Matrosen unter Anführung Geyers nach der Alberthalle, wo die Versammlung gesprengt wurde. Und von hier aus ging es bekanntlich zu dem Druckereilokal der Leipziger Neuesten Nachrichten, um den Betrieb zu zerstören. Als der Versuch am andern Tage wiederholt wurde, unterblieb die Ausführung bekanntlich nur auf das Dazwischentreten Scheibs. Und wenn es bei uns nicht zu Lebensmittelplünderungen gekommen ist, so ist das auch nicht der L. V. zu danken. In der Arbeitslosenversammlung, in der Seger sprach, wurde ganz ungeniert zu Plünderungen aufgefordert. In der L. V. aber war schon vorher in einem Lokalartikel ausgeführt worden, daß, wenn die Lebensmittel ausgehen sollten, die Arbeiter schon die Hamsternester zu finden wissen würden. Das ist, wie die Aeußerungen in jener Arbeitslosenversammlung beweisen, auf fruchtbaren Boden gefallen. In diesem Falle ist es allerdings glücklicherweise nicht zur Tat gekommen. Das ist jedoch nicht das Verdienst der L. V., sondern des Mitgliedes Seger, der in jener Versammlung sich entschieden gegen jede Anarchie wendete und damit also auch die L. V. verleugnete.

•

Die Parteileitung des kommunistischen Groß-Dresdens (Spartakusleute) erklärt in den Dresdner Zeitungen: Die Kommunisten Groß-Dresdens lehnen es ganz entschieden ab, mit den in Dresden vorgekommenen Krawallen in Verbindung gebracht zu werden. Die Partei mißbilligt und bedauert diese durch unberufene Elemente hervorgerufenen Vorfälle.“

Wir wollen dazu nur bemerken, daß die Krawalle sich unmittelbar an zwei Spartakusversammlungen am Freitag anschlossen. Angemerkt mag noch werden, daß nach Blättermeldungen der verhaftete Redakteur Kaufmann ein Spartakusredakteur wäre und unter den Verhafteten auch der Sohn eines Führers der Spartakusse sich befindet. Die Untersuchung wird wohl volle Klarheit in die Sache bringen.

Der Groß-Dresdner Arbeiter- und Soldatenrat beschäftigte sich mit den Tumulten der letzten Tage. Der Vorsitzende Fräßdorf erklärte, die Krawalle seien von den Kommunisten ausgegangen. Gegen diese Leute könne es nur Verteidigung der neuen Freiheit durch Gewalt geben. Man dürfe die Bürger nicht vergewaltigen lassen. Die Exekutive müsse scharf vorgehen. Der Unabhängige Menke fragte, warum man nicht untersuche, ob wirklich nur die Kommunisten hinter den Putschen stecken oder nicht auch Elemente, die ein Interesse daran haben, die Revolution anzuschwärzen? Groetzsch sprach sich scharf gegen die Ausschreitungen nach der Kommunistenversammlung aus.

Kapitulationen.

1. Durch die staatliche Umwälzung werden die Ansprüche der Kapitulanten auf ihre Zivilversorgung nicht geschmälert.

2. Die Erfüllung der bestehenden Kapitulationsverträge ist im allgemeinen unter den bei Abschluß des Vertrages festgesetzten Bedingungen aufrechtzuerhalten. In besonders begründeten Fällen können jedoch Kapitulanten auf ihren Wunsch von der Kapitulationsverpflichtung entbunden werden.

Militäranwärter des aktiven Dienststandes und Kapitulanten dürfen hiernach gegen ihren Wunsch nicht entlassen werden. Ist die augenblickliche dienstliche Verwendung der Militäranwärter nicht möglich, so steht ihrer Beurlaubung zur Vorbereitung auf die Zivilversorgung gemäß § 58 der Fr. Besold. V. nichts im Wege. Sie verbleiben auf dem Haushaltplan ihres Truppenteils oder ihrer Behörde, der sie angehören oder vorgesetzt sind, und haben von dieser ihre Gebührnisse auch weiterhin zu erhalten.

3. Verlängerungen von Kapitulationen sind zur Zeit nicht vorzunehmen. Die bisherigen Kapitulanten gelten, bis die Verlängerung der Kapitulationen wieder freigegeben wird, auch weiterhin als solche.

Der Kriegsminister. Der Unterstaatssekretär.
Scheüch. Göhre.

Kundgebungen des A.- u. S.-Rats Leipzig.

Bekanntmachung

Entlassungen durch die Entlassungsstellen für die Heimaturlauber finden von jetzt an nicht mehr statt.

Alle Leute werden jetzt von ihrem zuständigen Ersatztruppenteil entlassen nach Maßgabe der für die Entlassung ergangenen Bestimmungen.

Leute, die ihren Ersatztruppenteil nicht kennen oder aufzufinden vermögen, haben diesen bei der Auskunftsstelle des Arbeiter- und Soldatenrats XIX. A.-K. Leipzig, Postamt 9 (Börsenpostamt), Blücherplatz schriftlich zu erfragen.

Leipzig, den 17. Dezember 1918.
Arbeiter- und Soldatenrat XIX. A.-K.
Schöning.

Der Landeskulturrat und die neue Zeit.

Der sächsische Landeskulturrat hielt in Dresden seine diesjährige Gesamtsitzung ab. Die Verhandlungen gewinnen diesmal durch die Stellungnahme der Agrarier zu der Revolution an Bedeutung. Während diese Herrschaften noch bis vor kurzem zum Schaden des Volkes einen dominierenden Einfluß im Lande auszuüben verstanden, hat ihnen die Revolution über Nacht alle Macht aus den Händen geschlagen. Ohnmächtig die Fäuste in den Taschen geballt, sehen sich die Herren Mehnert, Andrae und Konsorten vor vollendete Tatsachen gestellt. Sie müssen sich jetzt den neuen Verhältnissen fügen, ob sie wollen oder nicht.

Schon die Begrüßungsansprache des Vorsitzenden, des betagten Geheimrats Dr. Hähnel atmete einen etwas anderen Geist als in früheren Jahren. Man konnte sogar die Versicherung hören, daß **der Landeskulturrat auch unter den neuen Verhältnissen seine Mitwirkung zur Verfügung** stellen werde. Dann erstattete der Generalsekretär Dr. Schöne den Jahresbericht. An der Zwangswirtschaft ließ er natürlich kein gutes Haar. Der Staat habe sich — so sagte er — eine Aufgabe gestellt, der er sich nicht gewachsen gezeigt habe. Die Folge war, daß die Unzufriedenheit immer größer geworden sei und sich gegen die — natürlich unschuldigen! — Erzeuger und gegen die Schleichhändler und Hamsterer Luft machte. Die Bevölkerung hätte aufgeklärt werden müssen, daß **eine vollständig gerechte Verteilung der Lebensmittel nicht möglich ist.** Warum dies nicht möglich sein soll, darüber äußerte sich der Herr nicht weiter, dafür forderte er, daß **mit dem Abbau des Zwangssystems spätestens zum Beginn des neuen Erntejahres begonnen** werde. Er verstieg sich dann zu der Behauptung, daß die Erfassung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse in erster Linie durch die **unzulänglichen Preise** erschwert worden sei. Nach alledem darf man sich deshalb nicht wundern, wenn er weiter einer **100prozentigen Erhöhung der Getreidepreise** das Wort redete, die hohen Kartoffelpreise verteidigte und den jetzigen Milch- und Butterpreis **noch immer zu niedrig** fand, da durch die letzte Erhöhung die Gestehungskosten angeblich noch nicht ausgeglichen werden.

Herr Andrae (Breunsdorf) jammerte über **das Ueberhandnehmen der Felddiebstähle,** die der Landwirtschaft einen Schaden von Hunderttausenden verursachten, und brach über die Flurschutzkommandos den Stab. Zu seiner Beruhigung teilte der Ministerialdirektor Dr. v. Hübel mit, daß die Regierung eine vorübergehende **Vermehrung der Gendarmerie (!)** geplant habe.

Nach weiterer Debatte fand ein Antrag Mehnert Annahme, der die Regierung ersucht, zur Beseitigung der Unsicherheit auf dem Lande, insbesondere der immer mehr zunehmenden Diebstähle, **verstärkte Sicherheitsmaßnahmen durch Anstellung von Gendarmen** zu ergreifen! Wie anmaßend das sächsische Agrariertum auch heute noch auftritt, beweist auch das von einem Gutsbesitzer Neubert in Raschau (Erzgeb.) gestellte Verlangen auf Gewährung von Staatsbeihilfen an die Landwirte zu den Kosten der Saatgutbeschaffung.

Das volksfeindliche Treiben dieser Reaktionäre erfuhr eine weitere Beleuchtung, als der Generalsekretär Dr. Schöne im Laufe der Verhandlungen seine Forderung auf **abermalige Erhöhung der Milch- und Butterpreise** wiederholte. Er will, daß der Höchstpreis derart festgesetzt wird, daß selbst der Betrieb, der am **ungünstigsten** wirtschaftet, auf seine Rechnung kommt, ein Verlangen, das allerdings vom Ministerialdirektor Dr. v. Hübel entschieden abgelehnt wurde, mit dem Hinweis, daß der Höchstpreis immer nur die Gestehungskosten einer im Durchschnitt **normal** arbeitenden Wirtschaft decken darf.

Einen breiten Raum in den Verhandlungen nahm die **Arbeiterfrage** ein, wobei die beiden Agrarhäuptlinge Mehnert und Andrae recht gegensätzliche Ansichten vertreten. Zweifellos hat Herr Mehnert tüchtig umgelernt, da er für eine **Verständigung** mit der Arbeiterschaft hinsichtlich der Lohn- und Arbeitsverhältnisse eintrat. Für die Landwirtschaft würden zweifellos nach dieser Richtung Bestimmungen getroffen werden, „und da sei es besser mit uns, als gegen uns.“ Sein Freund Andrae will dagegen „Herr im Hause“ bleiben, er kann sich mit den neuen Verhältnissen absolut nicht abfinden. Nach seiner Ansicht ist für die Landwirtschaft **noch nicht die Zeit zu irgendwelchen Konzessionen** in der Frage der Arbeitszeit gekommen, gibt es weder Maß noch Ziel in den Forderungen der Arbeiter. Nicht kürzer, sondern länger müßte gearbeitet werden usw. usw. Längere Zeit unterhielt man sich auch über die Frage der **Enteignung des landwirtschaftlichen Grundbesitzes.** Hierin hegt man die größten Besorgnisse. Schließlich wurde eine Resolution im Sinne der Wünsche der Agrarier angenommen.

Politische Uebersicht.

Deutsches Reich.

Die Lage in den Kohlenrevieren.

In Oberschlesien wurden am Dienstag 5714 Kohlenwagen gestellt. Heute morgen 5157 Eisenbahnwagen angefordert, gegen normal 12 000 während des Krieges. Teilstreiks auf einer Grube. Im rheinisch-westfälischen Bergbaurevier sind am Dienstag 14 598 Eisenbahnwagen verladen worden, gegen normal 25 000 im Kriege. Die Verladung ist damit gegenüber der Leistung in den letzten Tagen wieder zurückgegangen. Die Streikbewegung hat weiter um sich gegriffen. Die Anzahl der Ausständischen hat sich gestern auf 24 142 gegen 17 259 am Tage vorher erhöht. Stellenweise sind Gewalttätigkeiten vorgekommen.

Russisches Geld in der deutschen Revolution.

In Kopenhagen traf eine Meldung aus Rußland ein, die die Antwort Joffes auf die Erklärungen Barths und Haases in der Waffenangelegenheit enthält und die Diskussion in scharfer Weise fortsetzt. Joffe behauptet, daß Barth sehr wohl um den Ursprung des ihm durch deutsche Genossen übergebenen Geldes gewußt habe und nennt sehr hohe Summen, die er für die deutsche Revolution zur Verfügung gestellt hätte. — Der Vorwärts meint, der offensichtliche Zweck der neuen Intrigue Joffes sei, die Reichsleitung durch schwerste Kompromittierung ihrer radikalen Mitglieder, die persönlich unmöglich gemacht werden sollten, zu sprengen.

Bau des Mittellandkanals als Notstandsarbeit.

Wie der Magdeburger Handelskammer mitgeteilt wurde, hat die Regierung beschlossen, mit dem Bau der Strecke Hannover—Heide des Mittellandkanals als Notstandsarbeit sofort zu beginnen. Der Beschluß wurde vom Gesamtministerium gefaßt und ist beim Fehlen einer parlamentarischen Vertretung als endgültig anzusehen.

Die Fischerei in der Nordsee teilweise freigegeben.

Neben den in Trier gegebenen Zusagen in bezug auf die deutsche Hochsee-Fischerei liegt nunmehr die Erklärung des Admirals Browning vor, daß die Fischerei in der deutschen Bucht innerhalb der Linie Horns-Riff, Horns-Riff-Feuerschiff, Helgoland, Borkum-Riff-Feuerschiff, Westerems-Ansteuerungsboje, Mündung der Ems, gestattet sei, vorausgesetzt, daß das Minensuchen dadurch nicht beeinträchtigt würde.

Demnach kann schon jetzt ein Teil der deutschen Fischdampfer die Fischerei in den obengenannten Gebieten aufnehmen, während ein anderer Teil der Fischdampfer für Minensucharbeiten reserviert werden muß. Die Freigabe weiteren Gebietes für die Fischerei wird selbstverständlich weiter betrieben werden.

Rehabilitierung Leo Arons.

Das Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung hat die Rehabilitierung des früheren Privatdozenten der Berliner Universität Leo Arons bei der preußischen Regierung beantragt. Leo Arons war vor Jahren wegen Bekundung sozialistischer Gesinnung aus rein politischen Gründen diszipliniert worden. Es entspricht einem selbstverständlichen Gebot der Gerechtigkeit, daß diesem verdienten Gelehrten jetzt Genugtuung zuteil wird.

Veränderungen in privatrechtlicher Beziehung?

Vielfach wird angenommen, daß die durch die Revolution hervorgerufene Lage ohne weiteres eine Veränderung der privatrechtlichen Beziehungen zur Folge habe, insbesondere allein schon ohne Rechtsgrund eine Aufhebung der Lieferungsverträge, die vor der Revolution abgeschlossen worden seien. Demgegenüber wird darauf hingewiesen, daß das bürgerliche Recht unverändert in Kraft bleibt, soweit es nicht durch Verordnungen der Regierung oder einer von ihr ermächtigten amtlichen Stelle ausdrücklich aufgehoben oder verändert worden ist.

Schweden.

Die Kirche lernt um.

Am letzten Sonntag hielt der schwedische Erzbischof Söderblom in einer Stockholmer Kirche eine Predigt, in der er u. a. sagte, die Forderungen der Arbeiter betreffs Neuordnung seien in voller Uebereinstimmung mit den Propheten und die Sozialdemokraten verträten die besten und vernünftigsten Forderungen in bezug auf eine normale Neuordnung der Gesellschaft.

Aus der Partei.

Ein neues Parteiblatt.

Auch die Parteigenossen in Apolda haben ein neues Parteiblatt, die Apoldaer Volkszeitung ins Leben gerufen.

Gewerkschaftliches.

Berliner Buchdruckerstreik.

Am Dienstag forderten die Drucker der Firmen Scherl, Ullstein und Mosse die Erhöhung des Wochenlohnes von 79 auf 120 M. Die Geschäftsvertreter der Firmen wollten vorläufig 15 M. Wochenzulage bewilligen und forderten die Annahme dieses Gebotes in fünf Minuten. Eine Verständigung erfolgte nicht, daher erschienen Mittwoch früh keine Zeitungen. Auch Mittwoch abend sind die Zeitungen der genannten Verlage nicht erschienen.

Aus aller Welt.

Verhaftungen in Straßburg.

Genf, 19. Dezember. Blättermeldungen zufolge wurden die Landgerichtspräsidenten Levy und Recff, vier Staatsanwälte, drei Amtsrichter sowie ein Lehrer in Straßburg verhaftet.

Terror in München.

München, 18. Dezember. Nachdem erst am Montag eine demokratische Versammlung durch bewaffnete Soldaten gesprengt worden war, erfolgten gestern abend neue Gewalttätigkeiten gegen eine Versammlung der demokratischen Volkspartei. Der Polizeipräsident erschien darauf persönlich in der Versammlung und erklärte, es sei ein Skandal, welcher Terrorismus von einer handvoll Soldaten in München ausgeübt wird.

Bolschewistische Ausschreitungen.

München, 18. Dezember. Gestern fanden hier bolschewistische Ausschreitungen und Plünderungen statt. 15 Soldaten drangen im österreichisch-ungarischen Konsulat in ein Militärmagazin ein und raubten Kleidungsstücke. 10 Soldaten mit roten Abzeichen drangen in ein Druckerei ein, in der Aufrufe gegen den Bolschewismus gedruckt wurden, beschlagnahmten Tausende von Exemplaren des Aufrufes und schafften sie mit einem Militärauto fort.

•

Pont a Mousson, 17. Dezember. (Havas.) Infolge Nebels stieß ein aus Metz kommender Personenzug im Bahnhof von Belleville mit einem Urlauberzug zusammen. Drei Wagen wurden zertrümmert, neun Personen getötet und etwa fünfzig verletzt.

Letzte Nachrichten.

Bern, 18. Dezember. Der schweizerische Nationalrat hat mit 59 gegen 9 Stimmen das Gesetz über die Proportionalwahlen zum Nationalrat angenommen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519181219-18/fragment/page=0003

Kerensky klagt die Entente an.

Die russische Demokratie ist hinterrücks erdolcht.

st. Die englische Arbeiterpartei ist gegen die Intervention der Entente in Rußland und fordert die sofortige Heimberufung der alliierten Truppen. Kerensky wurde nach seiner Ansicht über diese Forderung befragt. Die Antwort des „besten Freundes der Entente" bestätigt das, was in diesen Spalten wiederholt dargetan worden ist, daß nicht Selbstlosigkeit die Entente nach Rußland trug, sondern die Absicht, dort der Reaktion wieder zur Macht zu verhelfen. Doch lassen wir Kerensky selbst reden:

„Vor zwei Monaten hätte ich gegen die Forderung, die alliierten Truppen zurückzurufen, rücksichtslos protestiert. Ich kam ja nach London, um die Entente zu bitten, zu intervenieren. Ich meinte, sie würde auszuhelfen, der russischen Demokratie zu helfen, Deutschland zu bekämpfen. Zu diesem Behuf legte ich meinen Antrag der britischen Regierung und der englischen Oeffentlichkeit vor. Inzwischen hat sich die Situation gründlich geändert.

Die Intervention hätte in ständiger Fühlung mit den politischen Parteien geschehen und jede Einmischung in innerrussische Verhältnisse hätte unterbleiben müssen. **Statt dessen ist die russische Demokratie hinterrücks erdolcht worden.** Während die russische Demokratie im Kampfe für die gemeinsame Sache lag, standen die Verbündeten mit niemand als den Reaktionären in Verbindung. Dagegen hat sich in England nicht eine Stimme erhoben. Auf Anraten der russischen Reaktion, der Militärs, haben die Verbündeten den Schlag gegen die Regierung in Archangel geführt.

Drei Jahre hat Rußland die schwerste Last des Krieges getragen. Jetzt, wo es ohnmächtig ist, kommen die Verbündeten und **verteilen russische Provinzen unter sich.** Hat Rußland keinen Teil am Siege? Amerika hat 53 000 Tode, Rußland 2 Millionen. Rußland ist kaum mehr als ein Jahr aus dem Krieg, Amerika war streng genommen nicht mehr als zwei Monate daran beteiligt. Während der ganzen Kriegsjahre hat die russische Demokratie niemals an einen Sonderfrieden gedacht. Sie vertraute den Verbündeten unbedingt. Die Verbündeten zwangen Deutschland, den Frieden von Brest-Litowsk zu annullieren. **Und jetzt beteiligen die Verbündeten selbst die Grundsätze von Brest-Litowsk in Rußland.** Das russische Volk mag für eine Zeit unterworfen werden, aber es wird nie einwilligen. Acht Zehntel Rußlands sind aus Neigung der Entente freundlich, nun werden sie zu ihren Feinden gemacht. Die Entente hat ehrlich und offiziell die Dienste anzuerkennen, die ihr Rußland in den ersten drei Kriegsjahren geleistet hat. Und bevor nicht eine allrussische, von der Volksgesamtheit berufene Regierung zustande gekommen ist, muß sich die Entente jedes Eingriffes in den russischen Gebietsbestand enthalten."

Ueber den Bolschewismus meint Kerensky, daß er in seiner Todesstunde läge. „Der Bolschewismus hat viele schreckliche Missetaten begangen. Aber sein schlimmstes Verbrechen ist nicht der Verrat Rußlands an Deutschland, auch nicht die Hinschlachtung von Tausenden von russischen Bürgern, sein schlimmstes Verbrechen ist **die Prostituierung und Schändung des Namens und der Ideale der Demokratie.**"

Städtischer Nahrungsmittelverkauf.

Eier. Freitag, vormittags von 8—12 Uhr: Nr. 16001—20000, nachmittags 2—6 Uhr: Nr. 20001—24000 der Lebensmittelscheine in der Talamtschule. Jede Person ein Ei für 42 Pf. Die Eier sind nicht zum Kochen in der Schale. Umtausch innerhalb drei Tagen.

Käse. Freitag, vormittags von 8—12 Uhr: Nr. 39001—39000, nachmittags von 2—6 Uhr: 39601—40300 auf Lebensmittelscheine. Jede Person 55 g für 20 Pf. in der Talamtschule.

Grieß. Von Freitag ab auf Marke 254 des Warenbezugsscheines 19 für jede Person ¼ Pfd. zum Preise von 48 Pf. pro Pfund. Verkauf nur an diejenigen, welche in die Kundenliste eingetragen sind.

Quark. Freitag, auf Abschnitt 6 des Einkaufsscheins über Molkereierzeugnisse in folgenden Stellen: John, Große Gosenstraße 17, Kraneis, Dieslauerstraße 6 und in der Verkaufsstelle der Riemberger Molkerei, Rannische Straße 20/21 (8—12 Uhr). Zugelassen sind nur diejenigen die bei den Vorgenannten zur Kundenliste angemeldet sind. Jede Person ½ Pfund.

Winterkartoffeln. Am Freitag, vormittags von 8—12 Uhr und nachmittags von 1—4 Uhr Winterkartoffelausgabe auf dem Steinlagerplatz Eingang Freiimfelderstraße. Zugelassen die Nummern (mit roter Tinte ausgefüllt) 391—583.

Bekanntmachung.

Unter dem **Pferdebestande** der Firma **Gottlieb Graßmeyer** hier, im Grundstück **Geiststraße 6** ist die **Räude ausgebrochen.**

Halle, den 16. Dezember 1918.

Die Polizeiverwaltung.

Bekanntmachung.

Unter dem im Grundstück **Fleischerstraße 17** untergestellten **Pferden** des Fuhrwerksbesitzers Herrn **Raspe**, hier, Fleischerstraße 16, ist die **Räude** ausgebrochen.

Halle, den 16. Dezember 1918.

Die Polizeiverwaltung.

Ausschreibung.

Die Herstellung eines Zement- und Tonrohrkanals im Heidewege zwischen der Kohlenbahn und der Wilden Saale soll im Wege der Wettbewerbung vergeben werden. Angebote sind bis

Sonnabend, den 28. Dezember, vormittags 9½ Uhr

im Magistrats-Bureau I, Zimmer Nr. 23 des Wagegebäudes einzureichen, woselbst die Bedingungen nebst Zeichnungen ausliegen und auch die Verdingungsanschläge entnommen werden können.

Halle, den 18. Dezember 1918.

Städtisches Tiefbauamt.

Ohne Bezugsschein

dürfen wir von jetzt ab

«Winter-Mäntel»

für Damen, Mädchen u. Kinder verkaufen

Brummer & Benjamin

Große Ulrichstraße 22/23 [1870

Preiswerte Mützen

für Herren und Knaben

Schüler- u. Soldaten-Mützen [1471

in großer Auswahl

Kaufhaus H. Elkan

Leipziger Str. 87

Stempel

aller Arten, [1839

Petschafte, Farbekissen usw., liefert schnell und billig

Alfred Pfautsch,

Stempelfabrik,

Nikolaistr. 6. Fernruf 3668.

Lauten, Mandolinen, Gitarren

prachtvolle Instrumente, soeben eingetroffen.

Pianos, gebrauchte Pianos

in Nußbaum und schwarz, noch auf Lager.

Herm. Lüders,

Mittelstraße 9—10. [1869

Spielwaren und Puppen

in großer Auswahl. [1828

Preiswerte Geschenk-Artikel.

Burghardt & Becher,

Halle a. d. S., Leipziger Straße 10.

Schilder

jeder Art [1752

Erich Haack, Fischerplan 1.

Lauten, Gitarren, Mandolinen u. Geigen, Zithern und Harmonikas

eignen sich besonders als

Weihnachtsgeschenk.

Gust. Uhlig

Halle [1847

Untere Leipziger Str.

Wahlpost der Frauen.

Vorurteile gegen das Wahlrecht der Frau.

Bei den Frauen selber, nicht bloß bei den Männern, trifft man mitunter Abneigung oder Gleichgültigkeit gegen das Wahlrecht der Frauen.

Die Frau erklärt: Mir fehlen die Kenntnisse über das politische Leben und mir fehlt die Zeit sie rasch zu erwerben.

Die Tätigkeit im Haushalt, die Besorgung wirtschaftlicher Aufgaben ist aber schon eine gute Vorschule politischen Wirkens. Die Sparsamkeit im Privathaushalt soll auch im Staatshaushalt unter ähnlichen Verhältnissen geübt werden. Die Neigung der Frau, sich auf das Nächstliegende zu beschränken, aber das auch gründlichst bis zu Ende zu besorgen, kann unserem politischen Leben nur nützen.

Die Begeisterung der Frau für Großes ist noch ungetrübt und ungeschwächt.

Die Liebe zum Frieden, welche die Ehefrau und Mutter schon aus Sorge um Vater und Söhne hat, wird Kriege verhüten. Aus allen diesen Gründen bereichert das Frauenwahlrecht unser Volk.

Frauen! Lernt wählen!

Wahlpost-Serie I, Karte 3.

Möbel.

Empfehle in großer Auswahl: Ganze Wohnungs-Einrichtungen, Schlafzimmer, einzelne Möbel aller Art, besonders Bettstellen mit Matratzen, Sofas, Kleiderschränke, Vertikos, schöne Küchen usw. [1867

Auf Wunsch bequeme Teilzahlungen.

Kredit auch nach auswärts.

Kriegsanleihe und Sparkassenbücher werden in Zahlung genommen.

R. Fuchs,

Möbel-Ausstattungs-Geschäft,

Halle a. S., Gr. Ulrichstr. 58,

I., II., III. Etage.

Theater- und Masken-Garderobe

vorm. Zeuchner & Riedel, Gottschalck,

nur Leipziger Straße 61 62, im Hause der Hall. Ztg.

Im

Konkursmasse-Ausverkauf

Fincke & Co.

kommen im Laden

Magdeburger Str. 26

schrägüber vom Walhalla heute und folgende Tage zu herabgesetzten Preisen zum Verkauf: Diverse Kameras, Vergrößerungs-Apparate, Stereoskope, Kopierapparate, Stative, Schalen, Trockenständ., Trockenplatt., photographische Papiere, Postkarten in Bromsilberpp., Agfafilms, Rollfilms, Kassetten, Schutztaschen, Albums, Literaturbücher, Chemikalien, Natron etc.

Spezialität: Kompletter Schülerapparat zum Photographieren für Anfänger jetzt 5.50 M. [1865

Geschäftszeit: 10—12½ und 2—5, Sonntags bis 6 Uhr.

Der Konkursverwalter: Ferdinand Wagner.

Eine ordentliche Frau

zum 1. Jan. 19 für tägliche Treppenhausreinigung ges. 1866] Lindenstr. 13, Erdg.

Stadt-Theater

Freitag, den 20. Dezember

Anfang 7.30 Uhr. Ende 10.15 Uhr

Cosi fan tutte.

Oper von Mozart.

Sonnabend nachm.: Schneewittchen. abends: Ueber unsere Kraft, I. Teil.

Thalia-Theater

Gastspiel des Stadttheater-Personals

Sonntag, 22. Dezember abends 7½ Uhr

Die goldene Eva.

Lustspiel von Schönthan und Koppel-Ellfeld.

Freie Gruppe für Theaterpflege.

Stadttheater.

Sonntag, den 22. Dezember vormittags 11½ Uhr

Vortrag über Goethes Faust,

gehalten von Dr. phil. Wolfgang Siegel.

Lumpen, Knochen, Eisen, Metalle, Papier

kauft **Alb. Bode jun.,** Große Kaustr. 22.

Alte - sozialdemokratische - Partei Deutschlands

Vorsitzende: Ebert, Scheidemann.

Wahlleiter der Nationalversammlung für den Kreis Bitterfeld-Delitzsch: **R. Andreae, Restaurant „Hohenzollern", Telephon 348.**

Freitag, den 20. Dezember, abends 8 Uhr im „Bürgergarten"

Oeffentl. Versammlung

Tagesordnung: **Die gegenwärtige Lage und die Nationalwahlen.**

Redner: Bezirtssekretär **R. Drescher, Halle.**

1866] **Die Wahlleitung: Andreae.**

Das Wahlkomitee:

Griethe, Spengler, Böhme, Lamscha, Stegmann, Drähne.

Mehrere Genossen

zur **Leitung der Wahl** für die **Nationalversammlung,** für einige Kreise im Regierungsbezirk Merseburg gesucht. Die Genossen müssen bis zum Schlusse der Wahl völlig zur Verfügung stehen. Rednerische Fähigkeiten erwünscht, aber nicht Bedingung. Meldungen bis zum 25. Dezember beim Unterzeichneten.

Sozialdemokrat. Bezirkssekretariat Halle a. S.

R. Drescher, Harz 42—44.

Redakteur

für Lokales und Provinz zum sofortigen Antritt für die **Hallische Volksstimme** gesucht. Bewerbungen sind zu richten an

Hermann Garbe, Halle, Harz 42/44.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519181219-18/fragment/page=0004

Beilage zur Volksstimme.

Nr. 294. **Halle, Donnerstag den 19. Dezember 1918.** **2. Jahrgang.**

Halle und Saalkreis.

Halle, 19. Dezember 1918.

Zur Wahlbewegung.

„Die Bolschewisten in Rußland sind dieselben wie wir". Diese Worte äußerte nach einem Berichte des Zeitzer Volksboten der unabhängige Volksblattredakteur Hennig aus Halle in einer Weißenfelser Volksversammlung. Er setzte nach dem Berichte hinzu, lediglich in Abwehr reaktionärer Gewalten seien die jetzigen Zustände in Rußland entstanden und nicht die Bolschewisten trieben Raub und Mord, sondern losgelöste Bande täten das, die ihren Hunger stillen wollten. — **An den Unabhängigen rächt sich jetzt, daß sie in blinder Nachäfferei sich mit den Bolschewisten solidarisch erklärt haben. Sie kommen von ihnen nicht mehr los. Und weil das entsetzliche Rauben, Morden und Plündern der Bolschewisten jeden Menschen, mag er sonst politisch denken wie er will, mit Abscheu und Grauen erfüllt, und weil in Deutschland natürlich alle Richtungen, die uns bolschewistische Zustände bringen wollen, von der übergroßen Volksmehrheit entschieden abgelehnt werden, müssen die Bolschewisten von den ihnen wesensverwandten Unabhängigen als schuldlose Kindlein hingestellt werden. In Halle finden die Unabhängigen nicht einmal den Mut, den ihre Berliner Parteifreunde dadurch bezeugten, daß sie einen Strich zwischen sich und den bolschewistischen Spartakusleuten gezogen haben. In Halle glaubt man damit durchzukommen, daß man die Bolschewisten zu Harmlosen stempelt.**

Demgegenüber muß festgestellt werden, daß Aberhunderte und Tausende in Rußland von Organen der Sowjets erschossen, erstochen oder gehängt worden sind, obwohl sie nicht im mindesten „reaktionären Gewalten" dienten, sondern die lediglich die unsinnige Verwüstungsarbeit bolschewistischer Banden getadelt hatten. Der bolschewistische Terror hat nachweisbar selbst vor Arbeitsbrüdern, unschuldigen Frauen und Kindern nicht haltgemacht. Wenn alles das sogar vom Organ der bolschewistischen Regierung, der Istwestja zugegeben und aufs tiefste beklagt worden ist, kann nicht hinterher ein deutscher Bolschewist hintreten und das alles leugnen wollen. Bei den grauenhaften Bluttaten, Räubereien und Plünderungen in Rußland hat es sich auch nicht, wie Hennig entschuldigt, um Stillen des Hungers gehandelt, sondern die entmenschten bolschewistischen Horden haben sinnlos gewütet und Werte zerstört, aus reinem Vernichtungswahnsinn. Was allein an Nahrungsmitteln dabei verwüstet worden ist, hätte hingereicht, Millionen wochenlang zu ernähren. Unter dem äußerst bequemen Deckmantel „reaktionäre Gewalten" abwehren zu wollen, ist der schändlichste Gesinnungszwang, die brutalste Tyrannei verübt worden, wie sie in gleicher Scheußlichkeit nicht einmal vom Zarismus verübt worden sind.

Der Bolschewismus ist für alle diese Verbrechen verantwortlich, weil er eben an der Allmacht des örtlichen Sowjets festhält und ihnen nicht nur die gesetzgebende, sondern auch die vollziehende Gewalt in die Hände gelegt und damit das getan hat, was auch die deutschen Bolschewisten erstreben. Das Spartakusprogramm legt dafür das treffendste Zeugnis ab. Wer darum in Deutschland den Bolschewismus in Schutz nimmt, wie Hennig es getan hat, ist nicht ein Freund des deutschen Volkes, nicht ein Freund der deutschen Revolution und ihrer Erfolge, sondern er ist in Wahrheit ein Reaktionär, mag er sich noch so radikal geberden. Wie Robespierre und Danton, die wildesten Revolutionäre, durch ihr Treiben die Reaktion und den napoleonischen Zäsarismus vorbereitet haben, so arbeiten auch die deutschen Bolschewisten, wenn auch nicht absichtlich, für Niederringung der Revolution durch die Reaktion.

•

Soldatenversammlung im Volksparke.

Da die am Donnerstag voriger Woche stattgefundene Soldatenversammlung nicht zum Abschluß kam, hatte man sie auf den gestrigen Dienstag vertagt. Es waren durch die Vorkommnisse der letzten Zeit angeregt, eine große Anzahl von Soldaten erschienen, so daß der Saal des Volksparkes völlig überfüllt war.

Es standen von der vorigen Versammlung her noch eine ganze Reihe Redner auf der Liste. Außerdem die eingebrachten Anträge auf Neuwahl des Soldatenrates und Entfernung der Offiziere aus demselben.

Zum ersten Punkte sprach Kamerad Mejeberg und begründete ihn mit der unglücklichen Politik der Mitglieder des Soldatenrates, besonders der Kameraden Grimm und Heinel.

Kamerad Heinel wies die Anschuldigungen insoweit zurück, daß man aus seinen Ausführungen die Kraftstellen gebracht habe. Er sei für Zusammenarbeiten beider Parteien, doch müsse man darauf hinwirken, daß kein Zwiespalt ins Proletariat getragen werde. Sollte so etwas von links kommen, dann müsse auch mit allen Mitteln vorgegangen werden.

Kamerad Grimm entkräftet zum großen Teile die gegen ihn erhobenen Anschuldigungen. Die folgenden Redner sprechen teils für, teils gegen die eingebrachten Anträge.

Der Vorsitzende des Soldatenrats, Kamerad Leutnant Grunert wies darauf hin, daß man auch als Offizier seine Schuldigkeit im Soldatenrate tun könne. Er sei erst vor drei Monaten Offizier geworden und könne nicht einsehen, warum er nun nicht mehr würdig sein sollte, das Vertrauen derjenigen zu genießen, die ihn gewählt hätten und die er mit aller Kraft vertrete.

Kamerad Freling, der Einbringer jener Resolution, die sich mit Waffengewalt nach rechts und links wenden wollte, setzt seinen Standpunkt auseinander. Er hat jene Resolution eingebracht, die bekanntlich durch Kurier nach Berlin gesandt wurde. Er stellt fest, daß der Soldatenrat seine Schuldigkeit stets tun werde, die Regierung müsse selbstverständlich auch, alles tun, was zur schnellen Sozialisierung notwendig sei. Man dürfe nicht vergessen, wie schon Kamerad Grunert ausgeführt habe, daß das Schwergewicht nicht in den Verhandlungen des großen Soldatenrates, sondern in seinen Kommissionen liege, und hier könne man doch sicherlich nur feststellen, daß alles getan werde, was menschenmöglich sei.

Kamerad Bethge ergreift dann zu einer längeren Polemik gegen die Taktik der Abhängigen das Wort und meint, daß es Zeit sei, die Gefahren der Gegenrevolution zu bekämpfen, da sonst alle Errungenschaften verloren gehen würden. Die Abhängigen seien aber auf dem besten Wege dazu, sich zu gegenrevolutionären Handlungen mißbrauchen zu lassen.

Da es bereits 11 Uhr geworden ist, so wird die Versammlung abermals vertagt, da noch acht Redner eingezeichnet sind.

Man kann den Rednern des Soldatenrats nicht versagen, ihnen zuzuerkennen, daß sie einen großen Teil der gegen sie gerichteten Anschuldigungen zerstreut und die Masse der Soldaten versöhnlicher gegen ihre Maßnahmen gestimmt haben, wozu die gestern gebrachte Resolution viel beiträgt.

Erledigte Bewerbungen.

Die Stellen eines Redakteurs an der Hallischen Volksstimme und eines Wahlleiters für Halle und den Saalkreis sind besetzt. Alle Bewerber wollen hiervon gefälligst Kenntnis nehmen.

Die Preßkommission. Der Sozialdem. Verein für Halle.

*

* **Universität.** Wie an allen preußischen Universitäten, so finden auch in Halle bei allen Fakultäten Ferienkurse für Kriegsteilnehmer statt. Für die Studierenden der Medizin wird der vom 1. Februar bis zum 30. April abgehaltene Ferienkurs laut Verfügung des Ministeriums als besonderes Semester gerechnet werden. In den anderen Fakultäten soll vor allem die Wiedereinführung der Kriegsteilnehmer in die wissenschaftliche Arbeit erstrebt werden; außerdem werden besondere Kurse für Kriegsabiturienten eingerichtet werden."

* **Im Wintergarten** eröffnet Sonnabend, 21. Dezember, nachmittags 4 Uhr, die Direktion Georg Arndt einen modernen Hippodrom. Dem Leiter des Unternehmens, Herrn Hans Müller, ist es trotz der einschneidenden Verhältnisse in wenigen Tagen gelungen, den Wintergarten-Saal in einen modernen großstädtischen „Tattersal" umzuwandeln. — Was die Direktion in ihrer großzügigen Reklame verspricht, wird sie auch halten, in aller Aufmachung alles am Platz gewesene weiter überbieten, und für Halle auch eine Vergnügungsstätte schaffen, wie sie Hamburg, Berlin und andere große Städte schon lange haben. Ein Besuch ist nur zu empfehlen und verweisen wir wegen des Näheren auf das heutige Inserat.

* **Diebstahl im Schrebergarten.** In der vergangenen Nacht wurden aus einem Schrebergarten an der Yorkstraße 3 Kaninchen im Werte von 30 M. und aus einem Schrebergarten in der Zeppelinstraße 19 Hühner, 2 Enten, 7 Kaninchen und ein Meerschwein im Gesamtwerte von 500 M. gestohlen.

* **Rascher Tod.** In einer in der Landwehrstraße befindlichen Fabrik verstarb eine 25jährige Arbeiterin plötzlich an Herzschlag Die Leiche wurde dem Südfriedhof zugeführt.

* **Gefunden, verloren.** In der Zeit vom 1. bis 15. Dezember 1918 sind nachstehende Gegenstände als gefunden hier abgegeben oder angemeldet worden: 3 Geldtäschchen mit Inhalt, 1 Ledertasche mit Inhalt, verschiedene Geldscheine, 1 Anhänger mit Bild, 1 Hornklemmer, 1 Kinderkragen (Astrachan), 1 Ortscheit, mehrere Schlüssel, 1 Brieftasche mit Inhalt. In derselben Zeit wurden als verloren gemeldet: 1 schw. Ledergeldtäschchen m. Inh., 1 Geldtäschchen mit Inhalt, 1 Brieftasche mit Inhalt, 1 schwarzer Schirm, 1 schwarzes Geldtäschchen mit Inhalt, 1 schwarze Handtasche mit Geldtäschchen mit Inhalt, 1 Ehering, ein goldener Klemmer im Futteral, 2 Geldtäschchen mit Inhalt, 1 Seidenkragen, 1 grüne Handtasche m. Schlüsseln, 1 silb. Manschettenknopf, 1 Schlüsselbund, 1 schw. Uhr m. silb. Kette, Geldscheine, ca. 180 M., 1 schw. Handtasche m. Inh., 1 Filigranbrosche, 1 br. Geldtäschchen m. Inh., 1 schw. Geldtäschchen m. Inhalt, 1 br. Geldbrieftasche m. Inh., 1 Iltiskragen, 1 br. Rindslederbrieftasche m. Inh., 1 grünes Geldtäschchen m. Inh., 1 Brieftasche m. Inh., 1 gr. Geldtäschchen m. Inh., 1 gold. Damenuhr, 1 br. Ledergeldtäschchen mit Inhalt. Die unbekannten Eigentümer der unter gefunden bezeichneten Gegenstände werden aufgefordert, ihre Rechte innerhalb 6 Monaten im Polizeiverwaltungsbureau, Dreyhauptstraße 4, Zimmer 100, geltend zu machen. Die nicht zurückgeforderten Gegenstände werden an die Armenverwaltung oder an den Finder abgegeben werden.

Theater, Sehenswürdigkeiten usw.

Stadttheater.

Heute Donnerstag wird Boieldeus komische Oper „Die weiße Dame" wiederholt. Freitag geht Mozarts Oper „Cosi fan tutte" in Szene. Sonnabend nachmittag 3½ Uhr „Schneewittchen", abends 7½ Uhr zum erstenmal in neuer Einstudierung „Ueber unsere Kraft" 1. Teil, Schauspiel von Björnson. Sonntag vormittag 11½ Uhr Veranstaltung der freien Gruppe für Theaterpflege, Halle Vortrag über Goethes „Faust", gehalten von Dr. phil. Wolfgang Liepe. Die Auslosung der Plätze a 30 Pf. findet täglich an der Theaterkasse statt. Es kommen Einzelbilletts und je zwei nebeneinanderliegende Plätze zur Auslosung. Sonntag nachmittag 3 Uhr Volksvorstellung zu kleinen Preisen „Faust I" (II. Hälfte: Gretchentragödie), abends 7 Uhr „Lohengrin".

Hallesche Kriegsverluste.

Preußische Verlustliste Nr. 1314: Leib-Gren.-Regt Nr. 8 Otto, Kurt, 2. Komp., 27. 10. 98, vermißt. Künstler, Herm., Uffz., 6. Komp., 27. 9. 92, vermißt. Lohse, Fritz, 8. Komp., 6. 7. 99, vermißt. — Inf.-Regt. Nr. 52. Ruprich, Karl, 9. Komp., 29. 12. 95, vermißt. Herzberg, Edmund, 12. Komp., 12. 5. 83, vermißt. — Inf.-Regt. Nr. 81. Thinius, Reinhold, 8. Komp., 25. 3. 99, vermißt. Inf.-Regt. Nr. 92. Wiegand, Arthur, Uffz., 11. Komp., 8. 7. 95, leicht verwundet. — Res.-Inf.-Regt. Nr. 94. Bernstein, Franz, 1. Komp., 20 11. 99, schwer verwundet.

Preußische Verlustliste Nr. 1315: Inf.-Regt. Nr. 17. Bergholz, Louis, Gefr., 3. Masch.-Gew.-Komp., 9. 11. 97, leicht verwundet. — Res.-Inf.-Regt. Nr. 68. Herbst, Theodor, Vzfeldw., 13. 7. 90, vermißt. Werlich, Alfred, 6. Komp., 8. 2 99, vermißt. — Inf.-Regt. Nr. 116. Ditzel, Herm., 7. Komp., 7. 12. 82, vermißt. — Res.-Inf.-Regt. Nr. 116. Lüty, Wilhelm, Vzfeldw., 4. Komp., 27. 4. 88, a. Gefgsch. zurück. — Jäger-Regt. Nr. 11. Brodte, Bruno, 3. Komp., 24. 9. 96, vermißt. Kleemann, Otto, 2. Masch.-Gew.-Komp., 23. 4. 96, vermißt. Kniestädt, Willi, Objäg., 6. 9. 99, schw. verwundet. — Res.-Pionier-Komp. Nr. 51. Zinke, Ernst, 10. 4. 92, schw. verwundet.

Preußische Verlustliste Nr. 1316: Kaiser-Franz-Garde-Gren.-Regt. Nr. 2. Sänger, Otto, 10. 1. 91, bish. schwer verw., gest. 23. 7. 18. — Res.-Inf.-Regt. Nr. 36. Schubarth, Walter, Ltn. d. R., 11. Komp., 31. 12. 90, vermißt. Rudel, Otto, Gefreiter, 2. Nachr.-Zug, 25. 3. 94, vermißt. — Inf.-Regt. Nr. 362. Dreiucker, Paul, Gefr., 3. Komp., 20. 7. 88, vermißt. Otto, Artur, 3. Komp., 1. 9. 85, vermißt. Hahnemann, Willi, 4. Komp., 4. 5. 81, vermißt. Häbler, Karl, Feldhilfsarzt, 25. 1. 94, vermißt. Stricksner, Otto, Gefreiter, 6. Komp., 18. 4. 94, verwundet. Zöllner, Max, Gefr., 6. Komp., 27. 12. 80, vermißt. — Inf.-Regt. Nr. 394, 10. Komp. Wilsdorf, Friedrich, 5. 9. 1900, vermißt. — Masch.-Gew.-Scharfschützen-Abt. Nr. 40. Apelt, Willi, Vizefeldw., 2. Komp., 6. 11. 96, leicht verw. — Masch.-Gewehr-Scharfschützen-Abt. Nr. 59. Bialek, Nikolaus, 1. Komp., 12. 2. 96, schw. verwundet. — Flieger-Ers.-Abt. Nr. 14. Rudolfi, Kuno, Ltn. d. Res., 1. Komp., 26. 9. 94, tödl. verunglückt 4. 11. 18.

Sächsische Verlustliste Nr. 562: König Fritz, 7. 10., schwer verwundet. — Liste 32 der aus Frankreich zurückgekehrten Preußischen Ausl. Gefangenen Garde-Jäger-Batl. v. Köller, Zabel, Ltn., Radf.-Komp., 4. 2. 93, war in der Schweiz, jetzt Potsdam. — Inf.-Regt. Nr. 72. Rümpler, Hermann, Masch.-Gew.-Komp., 18. 9. 94, war in der Schweiz, jetzt Magdeburg.

Ende gut, alles gut.

5] Erzählung aus dem Ries von Melchior Meyr.

„Zum braunen Bier gehen," hieß auf den Dörfern in er Nähe von Wallerstein so viel als: auf den Keller der ürstlichen Brauerei gehen. Diese Bezeichnung datiert aus ner Zeit, wo in jenen Dörfern ausschließlich weißes Bier esotten und das braune (das in Norddeutschland sogenannte yrische) zunächst nur von der „Herrschaftsbräu" geliefert urde. In den Jahren, in denen unsere Geschichte spielt, erdient aber das hier produzierte Getränk die Auszeichung einer solchen Benennung immer noch durch seine Güte, ie es denn auch jetzt noch unter den Bieren des Rieses nen ehrenvollen Rang behauptet.

Die Kameraden legten die mäßige Strecke von ihrem orf nach Wallerstein in gemütlichem Diskurs zurück. Die ahl der „Schöber", die sie schon eingeführt hatten und die noch zu bekommen hofften, der Stand des Sommerkorns d die Hoffnungen des Brachfeldes bildeten den Hauptalt ihrer Ansprache. Im Markt angekommen, schlugen den nächsten Weg zu der Anhöhe ein, auf welcher die rstliche Brauerei liegt und nebst den ausgedehnten Oekomiegebäuden den grauen Felsen, der das alte Schloß gegen, kranzartig umschließt. Sie fanden noch Platz auf er der Bänke vor der Brauerei, ließen sich jeder eine aß geben, würdigten den schäumenden Trank, der aus m gepichten Bauche der hölzernen „Bitsch" in ihre Kehlen ß, mit tiefem Zuge und teilten bald, schmauchend und h entsprechenden Intervallen die Zungen befeuchtend, das rgnügen der zechenden Versammlung.

Kaspar hatte recht gehabt. Das in dem Felsenkeller geerte Bier war heute ganz besonders wohlschmeckend und Trinkplatz, der die Aussicht in den nordöstlichen Teil des eses darbot, vollständig besetzt. Wallersteiner Herren — stliche Beamte und Bürger — etwelche Nördlinger, „kalische" und luttrische" Bauern saßen größtenteils standesßig vereinigt, hier und da aber auch zufällig gemischt um hölzernen Tische, die heute für die „Herrn" durch einige ischere aus der Zechstube vermehrt waren. Das schöne Geschlecht war nicht zahlreich vertreten; doch sah man außer der französischen auch noch katholische und protestantische Rieser Tracht nicht ganz unwürdigen Inhalt umschließend. Alles war vergnügt. Die Hauptsache war unerschöpflich vorhanden, und wer Appetit nach etwas Eßbarem hatte, für den war nicht nur durch die Wirtschaft, sondern auch durch Wallersteiner Buben gesorgt, die Rettiche und „Würst' siedhoeße" ausriefen und die letzteren noch mit dem lockenden Prädikat schmückten, wenn sie schon zwei Stunden hin und her getragen waren.

Unsere Kameraden tranken sich nach und nach in jenen angenehmen Dusel hinein, in welchem die jetzigen Sterblichen eine Ahnung von dem Gefühl erhalten, durch das die Menschen des Goldenen Zeitalters beglückt worden sein mögen. Michel hatte einen Blick auf das Dorf Birkhausen und auf das Fasanenwäldchen geworfen, das ihm so hübsch gegenüberlag; er hatte die Gäste gemustert und nach flüchtiger Betrachtung der anwesenden Bauernmädchen die Ueberzeugung gewonnen, daß Kaspar in dieser Beziehung nicht gut prophezeit habe! Jetzt ließ er die Augen ruhen und verharrte im Gegensatz zu dem Kameraden, der sich von Zeit zu Zeit umsah, in unveränderter Stellung, sichtlich in Nachdenken versinkend. Ohne aufzusehen, murmelte er endlich: „Wann e's nor g'wihß wihßt'!" — Kaspar sah in an und sagte lächelnd: „Bist scho' widder doh mit deina Gedanka'?" — „Hol's der Deufel," rief Michel, „i ka' net dervo', loaskomma'! Wann's ietz doch ner wär'? Wann's doch da' Schneider lieber hätt? Gestert ist der Kerl a'mer verbeiganga', als ob's scho' sei' wär'!" Ich hätt 'm glei oena' stecka' könna', so hoaffärteng hot 'r ausg'seha', der Grippel!" — „Da' Schneider, glob' e, host net z'färchta'," erwiderte Kaspar. — „I sott's oh net moena," sagte Michel; und mit großartiger Verachtung setzte er hinzu: „So a Krack — so a Stump von 'm Mensch'a! — net gröaßer als a Säustalltürle! I schmieß 'n über a Haus nüber, wann's sei' müeßt'! — 's ka' net sei'!" — „Sie müeßt se ja schäma', wann's mit 'm geang (ginge)," setzte Kaspar hinzu. „D'Leut dätet lacha 'n über so a Baar!" — „'s ist wohr," sagte Michel. „Aber auf der andera' Seit'; reda' ka'n er, schwätza' ka'n er, ond d'Mädla' send Mädla'. Wer'n (ihnen) flattiert, der hot scho' halb gwonna'." — — „Des ist freile oh widder wohr," bemerkte Kaspar. „Ond a'n Ohs ist der Schneider! Allweil woeß er ebbes Nuis. Ond manch's Mädle hot scho' so'n Kerl g'nomma', weil's geara' d'Hola'n a'ghett hätt! Vielleicht daß d'Great" — Aber eine solche Zustimmung war es nicht, was unser Bursche jetzt wünschte. Seine Züge hatten sich verdüstert und unmutig fiel er ein: „Schwätz net so domm! I glob's mei' Lebteng net! A Mädle wie d'Gret will'n rechta' Ma'! Ond i woeß net, was grad do' (getan) hot, daß d' so elend von 'r denkst!" — Kaspar schwieg. Er wußte wohl, daß er nichts profitierte, wenn er nachwies, daß er nur Michels eigene Meinung wiederholt hatte! — Der Gewaltige ertränkte den unliebsamen Gedanken durch einen tüchtigen Zug aus der Bitsch und beide sahen stumm vor sich hin. Auf einmal erhellte sich das Gesicht Kaspars — man hätte sagen mögen schadenfroh — und Michel rief: „Aber kommt denn doh net — hol me der Deufel, sie send's!"

Sie waren's in der Tat, nämlich die Gret und ihr Vater. Sie kamen von der Westseite, denn sie waren auf Besuch bei der Schwester gewesen, die im nächsten württembergischen Dorfe verheiratet war, und fanden sich darum auch erst zu einer Zeit ein, wo der Nachmittag in den Abend überging. Als sie den Kameraden sich näherten, rief Kaspar: „Godda'n Ohbed, Maurer!" und hielt ihm die Bitsch entgegen. Man wechselte Grüße und der Maurer tat Bescheid. „Doh ist no' Plahtz," sagte Kaspar auf die Bank deutend. Der Maurer besorgte sich auch eine Bitsch, und man setzte sich zusammen.

Michel war überrascht gewesen und hatte die mit langsamen Schritten herbeikommende Gret sonderbar angestarrt. Sie war eben wieder sehr schön in ihrem Sonntagsstaat und namentlich in einem neuen seidenen, prächtig glänzenden Halstuch feinster Qualität! Der Gang in der Sonne hatte ihr Gesicht höher gefärbt, und ein guter Beobachter hätte bemerken können, daß ihr Augen, sobald Michel sich ihnen darbot, durch ein reizendes Funkeln belebt wurden. — Zu anderer Zeit hätte sich der erste Eindruck in dem Burschen vielleicht länger erhalten und eine verhängnisvolle Konfusion der Gedanken zur Folge gehabt; allein zwei Maß Lagerbier trinkt man nicht ohne Wirkung! Michel saß bald mit ruhiger Würde neben dem Maurer und nahm gemütlich an dem Gespräche teil, das sich entspann.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519181219-18/fragment/page=0005

Aus der Provinz.

So geht es nicht weiter!

Nach den Erfahrungen, die wir im Aufklärungsdienste des Arbeiter- und Soldatenrats Wittenberg im Wahlkreise Wittenberg-Schweinitz in den Städten und auf den Dörfern gemacht haben, fühlen wir uns zu nachfolgender Aeußerung verpflichtet:

Der Not der Stunde gehorchend, arbeiten wir beide gemeinsam, Menzel (Unabh.) in der Stadt, Schulze (Mehrheitssoz.) auf dem Lande. Die Verhältnisse bringen es mit sich, wir leben in enger persönlicher Freundschaft. daß der eine bald dort, der andre da einspringen muß. Genosse Menzel redet für den Sozialismus und empfiehlt die Kandidatenliste der Unabhängigen. Am andern Tage kommt Genosse Schulze, redet für den Sozialismus und empfiehlt die Liste der Mehrheitssozialisten. Die Leute fragen: Was wollt ihr denn eigentlich? Du redest für den Sozialismus und sagst, **die** müßt ihr wählen, die andern machens falsch. Der andere sagt umgekehrt dasselbe. Dann sieht man uns schief an, weiß nicht wen man wählen soll, und — fällt in die Arme der Deutschen demokratischen Partei, die drei Parteien in ihrer Liste vereinigt.

Die Kriegsverhältnisse haben in allen Schichten der Bevölkerung eine weitgehende Neigung zur Sozialdemokratie herbeigeführt. Die politisch unklare große Masse hat sich instinktiv für sie entschieden, und sie glaubt, durch uns eine Besserung ihrer persönlichen Lage im Rahmen der sozialdemokratischen Neuregelung zu erreichen. Einsichtigere urteilen nach dem, was die Sozialdemokratie im Staats- und Gemeindeleben schon an praktischer Arbeit geleistet und welchen Erfolg ihre Tätigkeit für die Allgemeinheit bisher schon gehabt hat. Personen aller Gesellschaftsschichten, deren Worte und Handlungen für ihre Kreise bestimmend sind, und die ihrem Wesen nach eine Neuregelung des Staatslebens nicht scheuen oder ihrer Vergangenheit wegen nicht zu scheuen brauchen, stehen auf unserem Standpunkte, daß ein Aufbau Deutschlands nur in der Form des Volksreiches als sozialistische Republik in Durchführung des Erfurter Programmes möglich ist, und wir sind in der Lage, ihnen Gewähr dafür zu geben, daß ein Einordnen in unseren „Zukunftsstaat" keine Einigung der Persönlichkeit bedeutet. Der überwiegende Teil der bisher politisch indifferenten Bevölkerung steht hinter den Namen Ebert und Haase, die sie unbewußt mit dem Wesen der Sozialdemokratie identifiziert.

Die Vorbedingungen für unsere Werbetätigkeit sind — besser waren? — glänzend.

Nun setzte die Agitation ein. Und — nach jeder Agitationsversammlung, wohlgemerkt sozialdemokratischen Agitation, gab es für uns zerbrochene Töpfe zu flicken.

Aussprechen, was ist — das klärt.

Die Allgemeinheit neigt gefühlsmäßig zu uns und entscheidet sich für uns, wenn wir nicht ihrem Gefühl entgegen handeln. Unter den Presse- und Machtverhältnissen des verblichenen Systems war es der Masse fast unmöglich, sich politisch zu orientieren. Die Polemik zwischen S. P. D. und U. S. P. D. während des Krieges und bis heute ist der Masse des Volkes babylonisch, wie sie manchem praktischen Arbeiter in der sozialistischen Bewegung hüben wie drüben mindestens jetzt überflüssig ist. Wir gehen noch weiter. Alles was ein Redner der U. S. P. D. der S. P. D. an Stimmen durch die vorkriegliche Methode des Klassenwahlkampfes entzieht, verliert nicht die U. S. P. D., sondern die Sozialdemokratie. Und umgekehrt. Wir gründen unsere Feststellung auf vielfacher Erfahrung.

So geht es nicht weiter!

Geschlossene Front!

Genossen! Begraben wir die Streitaxt! Glaubt nicht, daß wir die Wesensunterschiede, die das Zusammengehen erschweren, verkennen. Es geht aber ums Ganze jetzt. Einigen wir uns im Bezirk auf **eine** Liste zur Nationalversammlung. Stoßen wir die in der Bezirksversammlung aufgestellte Liste um und stellen wir eine neue auf von Kandidaten beider Richtungen. Wir nützen so die Stunde und dienen dem Ganzen. Ich (Menzel) würde dann gern als Kandidat zurücktreten. Es geht um die Zukunft! Wir reißen nieder, was noch steht, wir arbeiten für den Kapitalismus, für die Reaktion, wenn wir getrennt marschieren. Wir kennen uns als Menschen, wir wissen, daß wir uns vertrauen können, halten wir zusammen als Ordnungspartei — abrechnen können wir später!

Sorgen wir vorerst dafür, daß die Nationalversammlung Verhältnisse bietet, die die gesetzliche und verfassungsmäßige Festlegung der sozialistischen Republik garantiert.

Es geht um Deutschland, es geht um die Menschheit

Seien wir einig!
Brechen wir Bahn!

Gustav Menzel. **Karl Schulze.**

•

Kandidatenliste der Unabhängigen.

Auf ihrem Bezirkstage, der am Sonntag in Halle tagte, stellten die Unabhängigen folgende Kandidatenliste für die Nationalratswahlen auf: Kunert 435 Stimmen, Raute 384 Stimmen, Düwell und Koenen je 300 Stimmen (durch Los kommt Koenen an dritte Stelle), Frau Hübler 297, Menzel 251, Hildebrandt 214, Frl. Tille 203, Banse 74 Stimmen.

•

Aufruf

an alle Arbeiter- und Soldatenräte des Regierungsbezirks Merseburg.

Alle Arbeiter- und Soldatenräte des Regierungsbezirks Merseburg, auch Kreisorganisationen, die dem Bezirks-Arbeiter- und Soldatenrat ihre Adresse nicht eingesandt haben, werden gebeten, dies unverzüglich zu tun, damit ihnen von hier aus Material zugestellt werden kann.

Außerdem werden die Adressen benötigt, da in Berlin die Schaffung einer zentralen Uebersicht über sämtliche Arbeiter- und Soldatenräte im Gange ist. Es ist wünschenswert, daß die Adressen bis **spätestens 23. Dezember** im Besitz des Bezirks-Arbeiter- und Soldatenrates sind.

Sekretariat des Arbeiter- und Soldatenrats.
J. A.: Jahnel.

Merseburg. Tödlicher Unfall. Auf dem Personenbahnhofe wurde die 21jährige Tochter des Oberbahnassistenten Oskar Brückner überfahren und getötet. Sie hatte infolge des großen Menschenandranges den Ausgang über die Schienen nehmen wollen und wurde dabei von einem einfahrenden Zuge erfaßt und völlig zerstückelt. Der Unglücksfall ist besonders dadurch tragisch geworden, daß der Vater, der Dienst hatte, die Aufhebung der Leiche selbst anordnete, ohne zu wissen, daß es seine eigene Tochter war, die er vor wenigen Minuten noch selbst gesprochen hatte. Erst als sich abends der Bräutigam nach dem Verbleib des Mädchens erkundigte, mußte der Vater die Feststellung machen, daß die bisher unerkannt gebliebene Verunglückte seine Tochter war.

Genossen!
Werbt Mitglieder für die Partei!

Weißenfels. Wäschediebstahl. In der Nacht zum 8. d. M. sind von einer im Grundstück Naumburger Straße 44 aufgehängten Wäscheleine eine grauwollene Schlafdecke und ein rotweißgewürfelter Bettüberzug gestohlen worden. Angaben erbittet die Polizei-Inspektion.

Querfurt. Der Arbeiterrat erstattete am Sonntag Bericht über seine Tätigkeit. U. a. wurde ausgeführt: In der Bekämpfung des Wuchers und Schleichhandels hat der Arbeiterrat eine segensreiche Tätigkeit entfaltet, da haben wir fest zugegriffen. Leider sind aber die Anzeigen, welche dem Arbeiterrat zugehen, nicht immer der Wahrheit entsprechend, oder sie werden unter irgendwelchen Vorwänden wieder zurückgezogen. Bei einer Haussuchung bei einem Bauer wurden 5 Kühe, 8 Hammel, 2 Schweine und eine große Anzahl Gänse und Hühner gefunden, welche derselbe verheimlicht hatte. In zwei Wirtschaften wurden so viel Vorräte gefunden, daß man die Einwohner der Stadt Querfurt 14 Tage damit ernähren könnte. Da ist es Aufgabe, jeder seinen Nachbar belehren und ihn zur Abgabe zu veranlassen. Dann wird auch nach und nach Besserung wieder eintreten.

Naumburg. Neuwahl für den Soldatenrat. Die Neuwahl für den Soldatenrat der Artillerie ergab einen vollständigen Sieg der Mehrheitssozialisten, so daß der gesamte S.-Rat nunmehr rein mehrheitssozialistisch ist.

Bitterfeld. Aus den Verlustlisten. Die deutschen Verlustlisten enthalten aus dem Kreise Biterfeld und dessen Umgebung folgende Namen: Preußische Verlustliste Nr. 1313. Garde-Grenadier-Regiment Nr. 3. Kurt Bode aus Brehna, vermißt. Karl Zeidler aus Wolfen, abermals, und zwar leicht verwundet. Reserve-Infanterie-Regiment Nr. 91. Martin Gruß aus Holzweißig (bisher schwer verwundet), gestorben am 29. 8. 18. Reserve-Infanterie-Regiment Nr. 258. Ernst Kläring aus Rösa, leicht verwundet. Landwehr-Infanterie-Regiment Nr. 379. Ernst Winter aus Holzweißig, aus der Gefangenschaft zurück. Preußische Verlustliste Nr. 1314. Leib-Grenadier-Regiment Nr. 8. Paul Quilitzsch aus Friedersdorf, vermißt. Infanterie-Regiment Nr. 31. Gefreiter Gustav Ehlers aus Brodau, aus der Gefangenschaft zurück. Füsilier-Regiment Nr. 33. Otto Schmidt aus Battaune, vermißt. Infanterie-Regiment Nr. 82. Richard Kracht aus Sprottau, Kreis Delitzsch, vermißt. Landwehr-Infanterie-Regiment Nr. 83. Otto Schmidt aus Mescheide, leicht verwundet. Infanterie-Regiment Nr. 93. Paul Münzer aus Delitzsch, gefallen am 30. 9. 18. Alfred Heinecke aus Söllichau, leicht verwundet. Hermann Hanke aus Brehna, gestorben an seinen Wunden. 26. 9. 18. Jäger-Regiment Nr. 12 (Jäger-Bataillon Nr. 7). Franz Pfeffer aus Bitterfeld, vermißt. Sächsische Verlustliste Nr. 562. Unteroffizier Paul Kleiter aus Laue, leicht verwundet. Unteroffizier Fritz Lehnert aus Gräfenhainichen, leicht verwundet. Unteroffizier Otto Liebert aus Ostrau (bisher vermißt), in Gefangenschaft. Gefreiter Franz Schau aus Zaasch, verwundet 2. 7. 17.

Bitterfeld. Aus den Verlustlisten. Die deutschen Verlustlisten enthalten aus dem Kreise Bitterfeld und dessen Umgebung folgende Namen: Preußische Verlustliste Nr. 1311. Reserve-Infanterie-Regiment Nr. 36. Wilhelm Rast aus Delitzsch, vermißt. Paul Kühne aus Greppin, vermißt. Wilhelm Eckert aus Scholitz, Kreis Delitzsch, vermißt. Franz Bernhardt aus Schwätz, vermißt. Otto Paatz aus Scholitz, vermißt. Karl Rühl aus Seelhausen, verwundet. Paul Hühler aus Jeßnitz, vermißt. Reserve-Infanterie-Regiment Nr. 227. Oskar Boskugel aus Stumsdorf, vermißt. Gustav Fritsche aus Roitzsch, vermißt. Max Ebert aus Delitzsch, vermißt. Gefreiter August Uebe aus Roitzsch, vermißt. Franz Müller aus Großmöhlau, vermißt. Otto Friedrich aus Plötz, vermißt. Panzerwagen-Abteilung Nr. 11. Franz Sommerlatte aus Kölsa, leicht verwundet. Preußische Verlustliste Nr. 1312. Reserve-Infanterie-Regmient Nr. 20. Gefreiter Arthur Zug aus Bitterfeld (bisher vermißt), laut privater Mitteilung in Gefangenschaft. Infanterie-Regiment Nr. [illegible] Richard Theer aus Crina, [illegible] verwundet. Friedrich Remm[illegible] aus Schierau, vermißt. Otto Züllich aus Wiedemar, vermißt. Otto Steinmetz aus Bitterfeld, leicht verwundet. Infanterie-Regiment Nr. 157. Wilhelm Berger aus Delitzsch (bisher vermißt), in Gefangenschaft. Gefreiter Richard Edler aus Delitzsch (bisher vermißt), in Gefangenschaft. Jäger-Regiment Nr. 13. Vizefeldwebel Hans Schmidt aus Jeßnitz, gefallen am 12. März 1918. Sächsische Verlustliste Nr. 561. Sergeant Otto Döring aus Delitzsch (bisher vermißt), in Gefangenschaft. Sergeant Max Dorn aus Wolteritz, schwer verwundet. Sergeant Gustav Hartig aus Roitzschjora, leicht verwundet. Sergeant Paul Held aus Wellaune, gefallen. Gefreiter Emil Pertzsch aus Hohenleina, vermißt. Gustav Steinmetz auch Pouch (bisher vermißt), leicht verwundet, in Gefangenschaft.

Siersleben. Die Ziege gestohlen. In einer der letzten Nächte wurde das Pastorhaus von Dieben heimgesucht. Aus dem Stalle wurde eine wertvolle Ziege gestohlen. Den Dieben kam man mit Hilfe eines Polizeihundes auf die Spur.

Kölleda. Typhusfälle sind hier festgestellt worden. In der Familie Karl Olle hat diese Seuche ein drittes Opfer gefordert. Nachdem die Eltern vor kaum acht Tagen zwei blühende Töchter im Alter von 15 und 19 Jahren verloren, starb ihnen jetzt die dritte und letzte Tochter. Der einzige Sohn liegt an der gleichen Krankheit auch schwer danieder. — Er ist ihr nun, wie wir im Kölledaer Anzeiger lesen, ebenfalls erlegen.

Eylbitz bei Wallwitz. Einbruch. In der Nacht vom Freitag zum Sonnabend wurde bei der Witwe Schaffenicht hier ein Einbruch verübt. In einem Stalle wurden 3 Gänse, 5 Hühner, 1 Ente und sämtliche Kaninchen abgeschlachtet und mitgenommen. Man sieht hieran wieder, daß auch Spitzbuben vor der größten Armut nicht zurückschrecken. In derselben Nacht wurde auf dem Trockenboden des Pastors Heinzel fast sämtliche Wäsche gestohlen. Von den Dieben fehlt bis jetzt jede Spur.

Torgau. Gefälschte Scheine. Es sind hier Zinsscheine der Kriegsanleihen in Verkehr gekommen, die in der Weise fälschlich umgeändert sind, daß nach ausradieren einzelner Ziffern aus der 1000 eine 10 000 und aus 25 M. 250 M. gemacht sind. Bei einiger Aufmerksamkeit ist die Fälschung sofort wahrzunehmen. Die Kriminalpolizei ersucht, Anbieter solcher gefälschten Scheine anzuhalten und Nachricht zu geben.

Annaburg. Tragödie. Die nervenkranke Arbeiterfrau Drauschke aus Sitzenroda ertränkte sich mit ihren drei kleinen Kindern im Tauraer Feldteich.

Der Wurm sitzt im Bau der unabhängigen Sozialdemokratie.

Auf die außerordentliche Generalversammlung des Verbandes Groß-Berlin der unabhängigen Sozialdemokratie, über die wir gestern berichtet, müssen wir noch einmal zurückkommen, da der Bericht noch in einigen wesentlichen Punkten zu vervollständigen ist. In der Aussprache meinte der Hauptredakteur der Freiheit, Hilferding, es sei Zeitvergeudung, über die Frage Nationalversammlung oder Räteversammlung zu diskutieren. Die Nationalversammlung komme doch. Zum Austritte aus der Regierung bestehe jetzt gar kein Grund. Man möge den Scheidemännern nachsagen, was man wolle, aber dumm seien sie nicht, und deshalb auch nicht konterrevolutionär. Nach der Annahme der Hilferdingschen Resolution, die wir gestern schon mitgeteilt haben, wurde einstimmig ein Antrag angenommen, einen Parteitag einzuberufen; ein Zeitpunkt war nicht angegeben. Ebenso einstimmig entschied sich die Generalversammlung **gegen jedes** Zusammengehen mit den Mehrheitssozialisten. Eduard Bernstein gab darauf einen Antrag zu Protokoll, der Verhandlungen über eine **Einigung** mit den Mehrheitssozialisten befürwortet. Die einmütige Ablehnung **jedes** Zusammengehens mit der Sozialdemokratie schadet natürlich nur den Unabhängigen. Im übrigen widerspricht der Beschluß, wie sich aus dem Referate Haases ergab, der Stimmung weiter und einflußreicher Kreise der Unabhängigen — verwiesen sei nur auf Hamburg.

Einen bemerkenswerten Zwischenfall gab es noch beim zweiten Punkte der Tagesordnung. Es sollte die Wahl eines Chefredakteurs für die Freiheit vorgenommen werden. Für den Posten war Däumig in Aussicht genommen. Dieser lehnte jedoch ab, weil er ein Gegner der Nationalversammlung ist und deshalb in Widerspruch gerate mit der angenommenen Resolution Hilferding, die die Partei für die Beteiligung an den Nationalratswahlen verpflichtet. Nachdem der bisherige Chefredakteur Hilferding seinen Standpunkt vertreten, wurde die Entscheidung vertagt. Die Versammlung hatte sich mit überwältigender Mehrheit für die Beteiligung an den Nationalratswahlen entschieden. Unter den Anhängern der Partei im Reiche gehen die Meinungen sehr weit auseinander. Die Leipziger stehen mit dem Soldatenrate auf dem Standpunkte, daß die Nationalratswahlen so lange verschoben werden müssen, bis die „wirtschaftliche Gleichheit" durchgeführt sei. Die Leipziger Volkszeitung, die diesen Beschluß verteidigt hat, feierte gestern das Abstimmungsergebnis in der Berliner Generalversammlung, durch das sich die Partei für die Beteiligung an den Wahlen ausspricht, auch wenn die Wahlen früher verlegt werden, als ein Ereignis, durch das ein deutlicher Trennungsstrich zwischen der Partei und den Spartakusleuten gezogen werde. In Stuttgart hat die unabhängige Ortsgruppe beschlossen, sich **nicht** an den Nationalratswahlen zu beteiligen. Man sieht, es gibt in der unabhängigen Partei Gegner, bedingte und unbedingte Anhänger der Wahlen. Dazu das Verhältnis zu den Spartakussen, das von den einen abgelehnt, von den anderen gestützt wird. Jedenfalls, der Wurm sitzt drinn im Gebälk und zernagt den ganzen Bau. Immerhin ist deutlich zu erkennen, daß das Gros der Partei auf dem Rückzuge ist, so daß eigentlich kein plausibler Grund mehr vorhanden ist gegen einen Wiederanschluß an die Partei. Man erinnere sich, daß die Unabhängigen, wenigstens die Leipziger Richtung, erst überhaupt gegen die Nationalversammlung waren, dann aber unter dem Drucke der öffentlichen Meinung in den Arbeiterkreisen sich mit dem Gedanken der Nationalratswahlen befreundete, wenn sie nicht um einige Monate, sondern um einige Jahre hinausgeschoben würden. Und jetzt beschließt das Zentrum der Unabhängigen in Berlin mit überwältigender Mehrheit, daß man sich an den Wahlen beteiligen müsse, auch wenn der Termin früher gelegt werde. Und die Leipziger Volkszeitung feiert diesen Beschluß. Ist das nicht eine Wandlung, wie sie im Buche steht? Man könnte diese Wandlung als eine bessere Einsicht begrüßen, wenn nicht der Beschluß über die unbedingte Selbständigkeit gegenüber der Sozialdemokratie zeigte, daß die Unabhängigen nach wie vor in ihrer Verblendung verharren. Wie wir schon gesagt haben, ist das nicht zum Schaden der Sozialdemokratie, wie die Wahlen überall beweisen.

Eingegangene Schriften.

Von der **Neuen Zeit** ist soeben das 10. Heft vom 1. Band des 37. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Verstaatlichung. Von Heinrich Cunow. — Die Kunst im freien Volksstaat. Von Edgar Steiger. — Lebensmittelnöte und Hungerrevolten in der französischen Revolution. Von Hans Brindmann. I. — Aus unserer Bücherei. Von Edgar Steiger.

Vom **Wahren Jacob** ist soeben die 25. Nummer des 35. Jahrgangs erschienen.

Von der **Gleichheit**, Zeitschrift für Arbeiterfrauen und Arbeiterinnen, ist uns soeben Nr. 5 des 29. Jahrgangs zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Jahrtausendalte Fesseln sind geborsten. — An die Arbeit. Von Marie Juchacz. — Glühend im Schicksalszwang. Gedicht von Karl Henckell. — Am Tor der neuen Zeit. Von Klara Bohm-Schuch. — An meine Arbeitsschwestern! Von Minna Schilling.

Der rote Aufruhr in Finnland im Jahre 1918. Eine Schilderung auf Grundlage offizieller Urkunden von Henning Söderhjelm. Berechtigte Uebersetzung von Johannes Oehquist. 182 Seiten. Preis geh. 3.20 M., geb. 4.80 M. Verlag von Quelle & Meyer in Leipzig. 1918.

Michel, Roman von Johann Freemann. Leipzig, Kurt Wolff. 52 Seiten. Preis geh. 5 M., geb. 7.50 M.

Vorwärts.

Die Fahne loht
Wie Blut so rot.
Wie Flammenzeichen weht's im Wind.
Der Freiheit großer Tag beginnt!
Vorwärts!

Nun, Bürgersmann
Und Bauersmann,
Reicht uns zum Bund die rechte Hand;
Neu bauen helft das Vaterland.
Vorwärts!

Her Kopf und Herz.
Her Faust wie Erz!
Her, Jugend mit der raschen Tat!
Her, Alter mit bedächt'gem Rat!
Vorwärts!

Und laßt nicht los,
Bis riesengroß
Der Freiheit stolze Burg sich hebt,
Die strahlend auf zur Sonne strebt.
Vorwärts!

Reinhold Fischer.

An unsere auswärtigen und Post-Abonnenten.

Beschwerden über unpünktliches Zustellen der Volksstimme sowohl als auch über Fehlen einzelner Exemplare an der überwiesenen Anzahl sind stets bei dem Postamt des betreffenden Ortes anzumelden.

Beschwerden beim Verlag verzögern nur die Regelung der Angelegenheit, die nur auf postalischem Wege erfolgen kann. **Der Verlag der Volksstimme.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519181219-18/fragment/page=0006